



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 101 Jan./3 2024

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

**So tödlich wie Rauchen,
das tun Sie wahrscheinlich auch heute! Stehen Sie auf**

T.H.G., Januar 16, 2024



Die Geschichte auf einen Blick

- Es gibt etwa 10'000 Veröffentlichungen, die zeigen, dass langes Sitzen der Gesundheit schadet und chronische Krankheiten wie Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes fördert. Innerhalb von 90 Sekunden nach dem Aufstehen aus dem Sitzen werden die muskulären und zellulären Systeme aktiviert, die Blutzucker, Triglyceride und Cholesterin verarbeiten, was durch Insulin vermittelt wird. All diese molekularen Wirkungen werden allein dadurch ausgelöst, dass Sie Ihr Körpergewicht auf den Beinen tragen.

- Selbst wenn Sie sich 150 Minuten pro Woche mässig bis kräftig bewegen, besteht immer noch eine Dosis-Wirkungs-Beziehung zwischen Sitzen und Taillenumfang, systolischem Blutdruck und Blutzuckerspiegel – ein Phänomen, das als «aktives Couch-Potato-Syndrom» bezeichnet wird.
- Vermeiden Sie zumindest, mehr als 50 Minuten pro Stunde zu sitzen. Idealerweise sollten Sie das Sitzen auf drei Stunden oder weniger begrenzen.
- Biologischen Anthropologen zufolge deuten die Fossilien darauf hin, dass der Wechsel von der nomadischen Lebensweise der Jäger und Sammler zu einer sesshafteren Lebensweise bei den frühen Menschen zu einer weniger dichten Knochenstruktur führte.
- Jüngste Forschungsergebnisse zeigen, dass mässige körperliche Betätigung – grob definiert als eine Anstrengung, bei der man zwar leicht erschöpft ist, aber noch ein Gespräch führen kann – die Überlebensrate in allen Fällen zweimal höher ist als starke körperliche Betätigung, und dass mehr besser ist. Man darf es nicht übertreiben.

Es ist erwiesen, dass langes Sitzen verheerende Auswirkungen auf Ihre Gesundheit hat. In seinem Buch «Get Up!: Why Your Chair Is Killing You and What You Can Do About It» (Stehen Sie auf: Warum Ihr Stuhl Sie tötet und was Sie dagegen tun können) stellt Dr. James Levine, Co-Direktor der Mayo Clinic und der Arizona State University Obesity Initiative, fest, dass es etwa 10'000 Veröffentlichungen gibt, die zeigen, dass Sitzen der Gesundheit schadet.

Langes Sitzen fördert aktiv Dutzende von chronischen Krankheiten, darunter Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes, selbst wenn man sehr fit ist und sich regelmässig bewegt. Ausserdem ist es ein unabhängiger Risikofaktor für einen vorzeitigen Tod, selbst wenn man ansonsten einen gesunden Lebensstil führt. Chronisches Sitzen hat sogar eine ähnliche Sterblichkeitsrate wie Rauchen.

Studien, die sich mit dem Leben in der Landwirtschaft befassen, zeigen, dass Menschen in Bauerndörfern etwa drei Stunden pro Tag sitzen. Ein durchschnittlicher amerikanischer Büroangestellter sitzt dagegen 13 bis 15 Stunden am Tag, und Untersuchungen zeigen, dass kräftige Bewegung die negativen Auswirkungen dieses langen Sitzens nicht ausgleichen kann.

Der Verzicht auf einen nomadischen Lebensstil macht die Knochen des Menschen weniger dicht

Interessanterweise reichen die Beweise für die biologischen Auswirkungen des Bewegungsmangels weiter zurück, als Sie vielleicht denken – direkt in die Aufzeichnungen menschlicher Fossilien, wie NPR 2014 berichtete.

Laut biologischen Anthropologen des Smithsonian National Museum of Natural History deuten die Fossilien darauf hin, dass der frühe Mensch, als er seinen nomadischen Jäger- und Sammler-Lebensstil gegen eine sesshaftere Lebensweise eintauschte, eine weniger dichte Knochenstruktur entwickelte. Wie von NPR berichtet:

«Die leichten Knochen tauchen erst vor etwa 12'000 Jahren auf. Das ist genau zu dem Zeitpunkt, als die Menschen körperlich weniger aktiv wurden, weil sie ihr nomadisches Jäger- und Sammlerleben hinter sich liessen und sesshaft wurden, um Landwirtschaft zu betreiben.

Ein Bericht über diese Arbeit erschien ... in den Proceedings of the National Academy of Sciences, zusammen mit einer Studie einer anderen Forschergruppe, die zu einem ähnlichen Ergebnis kam.

Diese Forscher untersuchten die Knochen von Menschen aus der jüngeren Geschichte, die vor fast 1000 Jahren in Bauerndörfern lebten, und verglichen sie mit den Knochen von Menschen, die früher in der Nähe als Sammler gelebt hatten.

Wir sehen eine ähnliche Verschiebung und führen sie auf mangelnde Mobilität und eine sesshaftere Bevölkerung zurück», sagt Timothy Ryan, ein ausserordentlicher Professor für Anthropologie an der Penn State University. «Körperliche Aktivität und Mobilität sind zweifellos ein entscheidender Faktor für den Aufbau starker Knochen.»

Langes Sitzen fordert seinen Tribut, auch wenn man Sport treibt

Die gesundheitlichen Auswirkungen gehen jedoch weit über die Verringerung der Knochendichte hinaus. Ich bin der festen Überzeugung, dass übermässiges Sitzen einen wesentlichen Beitrag zu den meisten chronischen Gesundheitsproblemen und zum vorzeitigen Tod leistet, und die Forschung unterstützt diese Annahme. Wie zum Beispiel in einer 2010 in der Zeitschrift «Exercise and Sport Sciences Reviews» veröffentlichten Studie festgestellt wurde:

«Selbst wenn Erwachsene die Richtlinien für körperliche Aktivität einhalten, kann langes Sitzen die metabolische Gesundheit beeinträchtigen. Studien über die Fernsehzeit und objektive Messungen zeigen einen schädlichen Zusammenhang, und eine Aufteilung der sitzenden Zeit ist vorteilhaft. Sitzende Zeit, Fernsehzeit und Zeit im Auto erhöhen das Risiko einer vorzeitigen Mortalität ...

Aus physiologischer Sicht wird vermutet, dass der Verlust der lokalen kontraktiven Stimulation durch Sitzen sowohl zur Unterdrückung der Lipoproteinlipase (LPL)-Aktivität der Skelettmuskulatur (die für die Aufnahme von Triglyceriden und die Produktion von HDL-Cholesterin notwendig ist) als auch zu einer verminderten Glukoseaufnahme führt ...

Die Perspektive, die wir vorschlagen, ist, dass sich zu viel Sitzen von zu wenig Bewegung unterscheidet ... Initiale Erkenntnisse über die metabolischen Korrelate längerer Fernsehzeiten wurden inzwischen durch neuere objektive Messstudien bestätigt, die ebenfalls zeigen, dass eine Unterbrechung der sitzenden Tätigkeit von Vorteil sein kann ...

Es ist wichtig, dass Erwachsene die Richtlinien der öffentlichen Gesundheit für körperliche Aktivität erfüllen können, aber wenn sie längere Zeit sitzen, wird ihre metabolische Gesundheit beeinträchtigt ... Es besteht ... die Möglichkeit, dass ein hoher Anteil an sitzender Tätigkeit und körperlicher Aktivität nebeneinander bestehen kann ...

Ein Beispiel wäre ein Büroangestellter, der auf dem Weg zur und von der Arbeit joggt oder Rad fährt, dann aber den ganzen Tag am Schreibtisch sitzt und abends mehrere Stunden vor dem Fernseher verbringt.»

Kurz gesagt: Sitzen ist eindeutig eine sitzende Tätigkeit, Stehen hingegen nicht. Die Autoren zitieren mehrere Studien, die zeigen, dass langes Sitzen genau die Krankheiten fördert, mit denen die moderne Gesellschaft zu kämpfen hat, während Stehen davor schützt.

Je mehr Zeit man beispielsweise vor dem Fernseher verbringt, desto grösser ist das Risiko eines abnormalen Glukosestoffwechsels und des metabolischen Syndroms. Selbst wenn man sich mindestens 150 Minuten pro Woche mässig bis kräftig bewegt, besteht ein dosisabhängiger Zusammenhang zwischen der Fernsehzeit und dem Taillenumfang, dem systolischen Blutdruck und dem Blutzuckerspiegel – ein Phänomen, das als «aktives Couch-Potato-Syndrom» bezeichnet wird.

Bewegung kann die Schäden durch langes Sitzen nicht rückgängig machen

Die Botschaft, die man hier mitnehmen kann, ist, dass selbst tägliche Bewegung die Schäden, die durch stundenlanges Sitzen verursacht werden, nicht rückgängig machen kann. Der Schlüssel liegt darin, aufzustehen und den Körper jeden Tag so oft wie möglich in leichter Bewegung zu halten. Nur dann kann regelmässige Bewegung synergetisch zur Verbesserung Ihrer Gesundheit beitragen.

Ein typisches Beispiel: Eine 2015 veröffentlichte Studie ergab, dass Personen, die sich häufig bewegten und wenig sitzende Tätigkeiten ausübten, im Vergleich zu denjenigen, die sich selten bewegten und viele Stunden im Sitzen verbrachten, ein fast achtfach erhöhtes Risiko hatten, vorzeitig zu sterben.

Es ist also die Kombination aus sportlicher Betätigung und chronischer körperlicher Bewegung (z.B. Haltungswechsel im Stehen), die den grössten Nutzen für die Gesundheit bringt.

Eine weitere systematische Übersichtsarbeit, die 47 Studien über sitzende Tätigkeiten untersuchte, bestätigte, dass die Zeit, die ein Mensch täglich im Sitzen verbringt, tatsächlich schädliche Auswirkungen hat, die den Nutzen von Bewegung überwiegen.

Es wurde festgestellt, dass Sitzen das Risiko erhöht, an praktisch allen Gesundheitsproblemen zu sterben, von Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zu Krebs und der Gesamtmortalität. Wer beispielsweise mehr als acht Stunden am Tag sitzt, hat ein um 91% erhöhtes Risiko, an Typ-2-Diabetes zu erkranken, und ein um 22% erhöhtes Risiko, an einer beliebigen Ursache zu sterben.

Andere Untersuchungen haben ergeben, dass diejenigen, die am meisten sitzen, ein um 112% erhöhtes relatives Risiko für Diabetes und ein um 147% erhöhtes relatives Risiko für kardiovaskuläre Ereignisse haben, verglichen mit denjenigen, die am wenigsten sitzen. Auch die Gesamtmortalität ist in dieser Studie um 50% erhöht. Um den negativen Auswirkungen des langen Sitzens entgegenzuwirken, schlagen die Forscher vor, dass Sie:

- Führen Sie Buch darüber, wie viel Sie jeden Tag sitzen, und bemühen Sie sich, dies jede Woche schrittweise zu reduzieren.
- Benutzen Sie bei der Arbeit ein Stehpult.
- Stehen Sie beim Fernsehen auf und/oder gehen Sie während der Werbepausen umher.

Übermässiges Sitzen ist für Frauen am riskantesten

Eine weitere Studie, die in den Mayo Clinic Proceedings veröffentlicht wurde und die Zusammenhänge zwischen Stehzeit, Fettleibigkeit und metabolischem Syndrom – neben und unabhängig von körperlicher Betätigung – untersuchte, ergab, dass bei Männern vermehrtes Stehen signifikant mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit eines erhöhten Körperfettanteils, aber nicht mit dem metabolischen Syndrom verbunden war.

Bei Frauen hingegen war das Stehen während der Hälfte des Tages nicht nur mit einem geringeren Fettleibigkeitsrisiko, sondern auch mit einem um 41% verringerten Risiko für das metabolische Syndrom verbunden. Frauen, die mindestens drei Viertel der Zeit standen, verringerten ihr Risiko für das metabolische Syndrom um 53%. Andere Studien haben ebenfalls ergeben, dass das Sitzen aus irgendeinem Grund für Frauen riskanter ist.

Warum Sitzen so viel Schaden anrichtet

Wie in der oben zitierten Arbeit dargelegt, hat der Grund, warum langes Sitzen die Gesundheit beeinträchtigt und Krankheiten fördert, mit den molekularen Kaskaden zu tun, die beim Stehen auftreten.

«Muskuläre und zelluläre Systeme, die Blutzucker, Triglyceride und Cholesterin verarbeiten, werden allein durch das Tragen des Körpergewichts auf den Beinen aktiviert.»

Wie im Buch «Get Up!» näher erläutert, werden innerhalb von 90 Sekunden nach dem Aufstehen vom Sitzen zum Stehen die muskulären und zellulären Systeme aktiviert, die Blutzucker, Triglyceride und Cholesterin verarbeiten und durch Insulin vermittelt werden.

All diese molekularen Wirkungen werden allein durch das Tragen des eigenen Körpergewichts auf den Beinen aktiviert. Diese zellulären Mechanismen sind auch dafür verantwortlich, dass Brennstoffe in Ihre Zellen gelangen, und wenn Sie dies regelmässig tun, wird Ihr Risiko für Diabetes und Fettleibigkeit radikal gesenkt. Kurz gesagt, auf molekularer Ebene ist der menschliche Körper darauf ausgelegt, den ganzen Tag über aktiv und in Bewegung zu sein. Wenn wir uns längere Zeit nicht bewegen, ist es, als würden wir unserem Körper sagen, dass es Zeit ist, abzuschalten und sich auf den Tod vorzubereiten.

Es ist klar, dass wir uns von Zeit zu Zeit ausruhen müssen, aber diese Ruhe ist als Ausgleich zur Aktivität gedacht, nicht umgekehrt. Sitzen sollte keine Lebensweise sein. Das Sitzen auf einem Stuhl ist eine sehr unnatürliche Haltung, die nicht nur für den Rücken, sondern auch für den Stoffwechsel schlecht ist.

Zum Glück ist die Abhilfe einfach: Vermeiden Sie das Sitzen und bringen Sie mehr Bewegung in Ihr Leben. Wenn Sie einen Bürojob haben, sollten Sie über die Anschaffung eines Stehpults nachdenken. Als allgemeinen Richtwert empfiehlt Levine, mindestens 10 Minuten pro Stunde zu stehen. Wenn Sie eine ganze Stunde lang gesessen haben, haben Sie zu lange gesessen. Meiner Meinung nach sind 10 Minuten das absolute Minimum, und im Idealfall sollten Sie das Sitzen auf drei Stunden oder weniger beschränken.

Übermässiges Sitzen führt zu erschöpften Arbeitnehmern

Fühlen Sie sich durch Ihren Bürojob erschöpft? Auch das kann etwas mit übermässigem Sitzen zu tun haben. Das geht aus einer Studie hervor, die 2017 im «Journal of Lifestyle Medicine» veröffentlicht wurde und in der 447 Büroangestellte befragt wurden:

«Die Befragten verbrachten durchschnittlich 6,29 Stunden einer 8-stündigen Arbeitsschicht im Sitzen. Die Ergebnisse zeigten, dass 48,8% der Teilnehmer sich an ihrem Arbeitsplatz nicht wohlfühlten und 73,6% sich während des Arbeitstages erschöpft fühlten.

Ausserdem litten 6,3% unter Bluthochdruck und 11,2% unter Hyperlipidämie. Die Ergebnisse des NMQ [Nordic Musculoskeletal Questionnaire] zeigten, dass Nacken- (53,5%), untere Rücken- (53,2%) und Schulterbeschwerden (51,6%) das häufigste Problem der Büroangestellten waren ...

Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass langes Sitzen mit Erschöpfung während des Arbeitstages, geringerer Arbeitszufriedenheit, Bluthochdruck und Symptomen von Muskel-Skelett-Erkrankungen in den Schultern, im unteren Rücken, in den Oberschenkeln und in den Knien von Büroangestellten verbunden ist.»

Mässige körperliche Aktivität sollte nicht übertrieben werden

Im November 2023 führte ich ein Interview mit Dr. James O'Keefe, einem Kardiologen des Mid-America Heart Institute am St. Louis Hospital in Kansas City, über die Dosierung von Bewegung. Er absolvierte seine kardiologische Ausbildung an der Mayo Clinic.

Er und drei weitere Autoren haben in der Ausgabe März-April 2023 der «Missouri Medicine», der Zeitschrift der Missouri State Medical Association, eine Metaanalyse veröffentlicht, die weitreichende Auswirkungen hat. Ich betrachte diese Studie als einen Meilenstein, der meine Ansichten über Sport radikal verändert hat. Aus dieser Studie habe ich drei wichtige Erkenntnisse mitgenommen:

1. **Zu viel körperliche Betätigung geht nach hinten los** – Wenn Sie sesshaft sind und anfangen, Sport zu treiben, kommt es zu einem dosisabhängigen Rückgang von Sterblichkeit, Diabetes, Depressionen, Bluthochdruck, koronaren Erkrankungen, Osteoporose, Sarkopenie, Stürzen und mehr. Bei mehr als 75 Minuten pro Woche gehen diese Vorteile jedoch verloren. Bei mehr als vier Stunden pro Woche ist nicht nur der gesundheitliche Nutzen gleich Null, sondern auch das Risiko von Herzproblemen radikal erhöht.
2. **Übertreiben Sie es nicht mit mässiger Bewegung** – Bei mässiger Bewegung – grob definiert als Bewegung bis zu dem Punkt, an dem Sie leicht erschöpft sind, aber noch ein Gespräch führen können – ist es ganz klar, dass mehr besser ist und man es nicht übertreiben darf. Vielleicht noch überraschender ist, dass mässige körperliche Betätigung auch die Überlebenschancen in allen Fällen besser verbessert als starke körperliche Betätigung – etwa doppelt so gut. Beispiele für moderate körperliche Aktivität sind Gartenarbeit, Hausarbeit, Yoga und Spaziergehen, um nur einige zu nennen.
3. **Übertriebenes Krafttraining ist schlimmer als gar nichts zu tun** – Der Nutzen des Krafttrainings ist bei 40 bis 60 Minuten pro Woche erschöpft. Darüber hinaus verlieren Sie an Nutzen, und sobald Sie 130 bis 140 Minuten Krafttraining pro Woche absolvieren, ist Ihr langfristiges Überleben sogar noch schlechter als bei Menschen, die kein Krafttraining absolvieren!

20 Minuten zweimal pro Woche an nicht aufeinanderfolgenden Tagen oder 40 Minuten einmal pro Woche sind also der optimale Wert. Ausserdem sollten Sie Ihr Trainingsprogramm nicht auf das Krafttraining konzentrieren. Es sollte eine Ergänzung sein, da Sie allein durch Gehen oder jede andere moderate Bewegung weitaus grössere Vorteile erzielen.

In der Praxis bedeutet dies, dass es nicht notwendig ist, mehr als 75 Minuten pro Woche mit hoher Intensität zu trainieren oder mehr als 40 Minuten pro Woche Krafttraining zu betreiben. Dies kann äusserst kontraproduktiv sein.

Konzentrieren Sie sich stattdessen auf leichte bis mittelschwere körperliche Aktivitäten, die Ihren Körper in Bewegung halten, ohne ihn übermässig zu belasten oder zu beanspruchen. Gehen ist vielleicht die beste Aktivität, die Sie machen können. Es sind etwa 2000 Schritte pro Meile, und jede 1000 Schritte, die Sie im Durchschnitt pro Tag machen, verringern Ihre Sterblichkeit um 10 bis 15%.

Auch hier gilt, dass der Nutzen bei etwa 12'000 Schritten abnimmt und nicht kontraproduktiv wird, wie es bei zu intensiver Bewegung der Fall ist.

Für ein gesünderes Leben, geben Sie Ihren Stuhl auf

Die Beweise dafür, dass langes Sitzen die Lebenserwartung verkürzt und chronische Krankheiten fördert, sind überwältigend. Vermeiden Sie zumindest, mehr als 50 Minuten pro Stunde zu sitzen. Im Idealfall sollten Sie das Sitzen so weit wie möglich einschränken. Wie bereits erwähnt, sitzen Menschen, die in landwirtschaftlich geprägten Gemeinden leben, im Durchschnitt nur drei Stunden pro Tag, was ein bewundernswertes Ziel wäre.

Ich empfehle auch, sich selbst herauszufordern, jeden Tag so viel wie möglich zu gehen. Wenn Sie sich entscheiden müssen, ob Sie ins Fitnessstudio gehen oder einfach mehr zu Fuss gehen, ist das Gehen vielleicht die bessere Wahl. Wenn Sie jedoch wirklich den grösstmöglichen Nutzen daraus ziehen wollen, sollten Sie zusätzlich 75 Minuten hochintensives Training und 40 Minuten Krafttraining pro Woche absolvieren.

Quellen:

1 *Diabetologia* November 2012;55(11):2895-905

2 *NPR* December 22, 2014

3 *Proceedings of the National Academy of Sciences* December 22, 112(2): 366-371

4 *Exercise and Sport Sciences Reviews* July 2010; 38(3): 105-113

5, 11 *Exercise and Sport Sciences Reviews* July 2010; 38(3): 105-113, *Metabolic Health Consequences of Too Much Sitting* section

6 *PLoS One* 2015;10(3): e0119591

7, 9 *Annals of Internal Medicine* 2015;162(2):123-132

8 *BMJ* January 21, 2015

10 *Mayo Clinic Proceedings* November 2015; 90(11): 1524-1532

12 *Journal of Lifestyle Medicine* July 2017; 7(2): 69-75

13 *Missouri Medicine* March-April 2023; 120(2): 155-162

QUELLE: TAKE A STAND: THE DANGERS OF PROLONGED SITTING

Quelle: <https://uncutnews.ch/so-toedlich-wie-rauchen-das-tun-sie-wahrscheinlich-auch-heute-stehen-sie-auf/>

Brief aus Indien: Stoppt die Tyrannei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Bereich der Pandemievorbereitung

uncut-news.ch, Januar 3, 2024, Colin Todhunter

«Das globale Abkommen zur Pandemievorsorge («Pandemievertrag»), das derzeit von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgearbeitet wird, wird den Weg für einen «faschistischen Ansatz für das gesellschaftliche Management» ebnen. Die Nutzniesser werden skrupellose Konzerne und Investoren sein, die von den COVID-19-Massnahmen profitiert haben. Dies wird zum Verlust von Menschenrechten und individueller Freiheit führen.»

Das sagt Dr. David Bell, ein Arzt für klinische und öffentliche Gesundheit mit einem Dokortitel in Bevölkerungsgesundheit und ehemaliger wissenschaftlicher und medizinischer Mitarbeiter der WHO. Der Vertrag stellt eine erschreckende Machtübernahme dar, die der WHO, wenn sie erfolgreich ist, eine zentrale Führungsrolle und eine Monopolstellung in der globalen Gesundheitssteuerung verschaffen wird.

In seiner jetzigen Fassung wird der Vertrag der WHO, während eines von ihr selbst ausgerufenen Gesundheitsnotstands, die Befugnis verleihen, Massnahmen anzuordnen, einschliesslich erheblicher finanzieller Beiträge einzelner Staaten, Lockdowns, Reisebeschränkungen, ärztliche Zwangsuntersuchungen und Pflichtimpfungen.

Die WHO wird die alleinige und weitreichende Befugnis haben, für jede potenzielle oder reale Bedrohung in ausgedehnten Gebieten einen internationalen Gesundheitsnotstand (Public Health Emergencies of International Concern – PHEIC) auszurufen, unabhängig davon, ob es sich um biologische, klimatische oder umweltbedingte Bedrohungen handelt. Und sie wird dies ohne ordnungsgemässe Beweise tun

können und allein Massnahmen und medizinische Substanzen bestimmen können, die der Öffentlichkeit ohne informierte Zustimmung auferlegt werden.



Zu ihren Befugnissen wird auch die offizielle Zensur von Informationen gehören, einschliesslich der freien Meinungsäusserung, d.h. von Ansichten, die der offiziellen Darstellung der WHO widersprechen, und sie wird keinem nationalen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sein oder durch irgendwelche verfassungsrechtlichen Garantien eingeschränkt werden.

Eine Gruppe prominenter Anwälte, Ärzte und besorgter Bürger hat sich in einem Schreiben an den indischen Premierminister Narendra Modi und den Minister für Gesundheit und Familienwohlfahrt, Shri Mansukh L Mandaviya, gewandt und sie aufgefordert, den globalen Pandemievertrag der WHO abzulehnen. Die Unterzeichner sind am Ende dieses Artikels aufgelistet, und der 10-seitige Brief kann in vollem Umfang mit allen relevanten Links und Verweisen auf der Website von Awaken India eingesehen werden: WHO-Pandemievertrag Ultra Vires of the Constitution).

Die WHO veröffentlichte am 1. Februar 2023 einen Null-Entwurf des WHO-Vertrags (dieser «Pandemie-Vertrag» wird jetzt offiziell als «Abkommen» bezeichnet) mit 38 Artikeln und anschliessend am 2. Juni 2023 einen weiteren Entwurf mit 41 Artikeln. Das Abkommen markiert einen grundlegenden Wandel in der Arbeitsweise der WHO. Sie strebt im Geheimen, hinter verschlossenen Türen, nach weitreichenden Befugnissen unter der Leitung ihres Generaldirektors.

Die Unterzeichner machen deutlich, dass die WHO, gemäss dem vorgeschlagenen Abkommen, nach Belieben eine Pandemie ausrufen, eine PHEIC erklären und dann die Befugnisse der nationalen Regierungen übernehmen kann, um Bürger in Haft zu nehmen, ihre Reisen einzuschränken, von ihnen Impfpässe zu verlangen (Zwangstests und -impfungen) und die Zensur der sozialen Medien zu verstärken. Das Abkommen würde auch als «Rahmenabkommen» fungieren, das Jahr für Jahr und auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wird. Es ermöglicht der WHO eine diktatorische Rolle, da sie sich uneingeschränkte Macht aneignet.

Zwei Instrumente, das Abkommen selbst und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) von 2005, sind so konzipiert, dass sie parallel funktionieren und der WHO drakonische Befugnisse verleihen. Beide Texte übertragen der WHO unwiderruflich die Befugnis, die Freiheit der Gesundheit einzuschränken, und stellen damit eine grundlegende Gefährdung der nationalen, medizinischen und körperlichen Autonomie dar.

In ihrem Schreiben weisen die Autoren darauf hin, dass die WHO ein externes, nicht gewähltes Gremium ist, das nicht in eine solche diktatorische Position berufen werden darf und kann. Während der COVID-19-Veranstaltung wurde die Rolle der WHO bei der Unterstützung der medizinischen Tyrannei deutlich sichtbar.

Sie befürwortete Zwangslöckdowns, die die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen in Indien und auf der ganzen Welt zerstörten und einen Anstieg der psychischen Probleme verursachten. Sie hat Schulen geschlossen und damit die Bildung einer ganzen Generation zurückgeworfen. Sie förderte unvollständig getestete und nicht zugelassene Impfstoffe im Rahmen der EUA (Emergency Use Authorisation), die trotz der Behauptung «sicher und wirksam» nichts dergleichen waren und einen starken Anstieg der durch Spike-Proteine verursachten Herz- und Gehirnkrankheiten verursachten.

Wenn dieser Vertrag während der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 mit einfacher Mehrheit angenommen wird, dann tritt der «Pandemievertrag» innerhalb von 12 Monaten für alle Länder in Kraft, es sei denn, ein Land legt innerhalb von 10 Monaten proaktiv Ablehnung oder Vorbehalte ein.

In dem Schreiben an den Premierminister und den Gesundheitsminister heisst es, dass das Abkommen und diejenigen, die es vorantreiben:

«Offensichtlich die Grundrechte der indischen Bürger verletzen und sich daher Ultra Vires der indischen Verfassung befinden. In ihrer eigentlichen Absicht heben sie das Grundrecht auf körperliche Autonomie

und Integrität auf, indem sie medizinische Verfahren, Zwang und weitere grob illegale Handlungen vorschreiben.» Der Brief fügt hinzu:

«Dies ist ein spektakulärer und erschreckender Angriff auf die grundlegenden bürgerlichen Freiheiten. Es muss grundsätzlich verstanden werden, dass die Verweigerung der körperlichen Integrität eines jeden Menschen den Verlust aller Menschenrechte bedeutet.»

In dem Schreiben wird auf den Nürnberger Kodex (1947) verwiesen, in dem es heisst:

«Die Zustimmung des menschlichen Subjekts ist absolut unerlässlich. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat dieses Verbot unbeabsichtigter Experimente in seinem Text von 1966 wieder aufgenommen, der besagt: Niemand darf ohne seine Zustimmung einem medizinischen oder wissenschaftlichen Experiment unterworfen werden.»

Er verweist auch auf die Genfer Erklärung für Ärzte (1948):

«Ich werde die Autonomie und Würde meines Patienten respektieren. Ich werde mein medizinisches Wissen nicht dazu benutzen, die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten zu verletzen, auch nicht unter Zwang. Ich werde das menschliche Leben von der Empfängnis an absolut respektieren. Ich werde die Gesundheit meines Patienten als mein erstes Anliegen betrachten.»

Die Unterzeichner stellen fest, dass es kaum eine andere Möglichkeit gibt, als die WHO aus dem nationalen Leben zu verbannen, und fordern den Premierminister und den Gesundheitsminister auf, sich für die Souveränität Indiens und die Rechte aller Bürger einzusetzen.

Sie fügen hinzu, dass nicht gewählte, nicht rechenschaftspflichtige und weitgehend unbekannte Delegierte aus 194 Ländern in Genf zu den Sitzungen der Weltgesundheitsversammlung zusammentreffen, so auch im Jahr 2022, als sie Änderungen an den IHR verabschiedeten. Die Vorgehensweise ist geheim, autoritär und tyrannisch und dazu offenkundig intransparent und undemokratisch.

Diese Länderdelegierten sind nicht gewählt und repräsentieren nicht die Bevölkerung ihres Landes. Die Unterzeichner fragen:

«Wie können sie im Namen von Nationen verhandeln, ganz zu schweigen von einer internationalen/globalen Gesundheitsregelung, die für 194 Länder verbindlich ist?»

Wenn der «globale Pandemievertrag» durchgesetzt wird, könnte es zu ständigen Lockdowns kommen. Gleichzeitig werden die Interessen der Unternehmen dominieren. Pandemien werden sich selbst aufrechterhalten, indem sie eine Bürokratie schaffen, deren Existenz von ihnen abhängen wird.

Die Menschen werden der Gnade der Polizei und der Bürokraten ausgeliefert sein, die gegen jede Strafe für Handlungen immun sein werden, die in «gutem Glauben» ausgeführt werden. Diese Handlungen könnten die Form von obligatorischen medizinischen Behandlungen, erzwungenem Eindringen in Räumlichkeiten, Zwangsisolierung und Quarantäne annehmen.

Im Jahr 2020 war es schon schlimm genug, als der Staat mit aller Macht gegen die Öffentlichkeit vorging, insbesondere gegen diejenigen, die mit der COVID-Politik nicht einverstanden waren. Aber stellen Sie sich den Machtmissbrauch vor, der eintreten könnte, wenn die WHO die von ihr angestrebten Befugnisse erhält. Die Saat des Totalitarismus war deutlich zu sehen, als Anthony Fauci sagte, er sei «die Wissenschaft», die ehemalige neuseeländische Premierministerin Jacinda Arden, die die Regierung zur «einzigen Quelle der Wahrheit» erklärte und Unternehmen der sozialen Medien Hand in Hand mit dem tiefen Staat arbeiteten, um prominente Persönlichkeiten und weltbekannte Wissenschaftler, die das offizielle Narrativ in Frage stellten, zu zensieren und zu entlarven.

Wir sahen die Aufhebung grundlegender bürgerlicher Freiheiten unter Androhung staatlicher Gewalt, was oft dazu führte, dass Bürger von de facto paramilitärischen Polizeikräften misshandelt wurden, weil sie gegen «Pandemie-Regeln» verstießen, die keine wissenschaftliche Grundlage hatten.

Die Regierungen erklärten, sie würden «der Wissenschaft folgen», doch was wir sahen, waren aufgeblasene Todeszahlen, manipulierte Daten und die betrügerische Verwendung von RT-PCR-Tests, um in der Öffentlichkeit den Eindruck einer tödlichen Pandemie zu erwecken. Die Leser können den Online-Artikel Stay Home, Save Lives: Uncovering the COVID Deception (Aufdeckung der COVID-Täuschung) lesen, der einen Einblick in die verschiedenen Vortäuschungen gibt, die dazu beitrugen, die Weltbevölkerung im Jahr 2020 in Angst und Schrecken zu versetzen.

Die WHO gab auch eine falsche Prognose der Sterblichkeit ab. Die Übertreibung löste in der Bevölkerung Panik aus. Dies war ein Teil einer sorgfältig inszenierten «Angstpandemie» und ebnete den Weg für Lockdowns und die massenhafte Einführung von Impfstoffen, die der Öffentlichkeit auf der Grundlage falscher Behauptungen verkauft wurden. Das synthetische Spike-Protein der Impfstoffe hat zu Blutgerinnung, Blutungen, Herzproblemen und Blutgerinnung im Gehirn sowie zu neurodegenerativen Problemen geführt. Und seit der Einführung der Impfstoffe beobachten wir in so vielen Ländern eine erhebliche Übersterblichkeit, über die die Medien schweigen.

Darüber hinaus arbeitet die WHO innerhalb eines biopharmazeutischen Komplexes, eines komplizierten Netzwerks, das sich im Laufe der Zeit gebildet hat und die weltweite Gesundheitspolitik bestimmt. Zu diesem Komplex gehören die Gesundheitsbehörden der nationalen Regierungen, darunter Indien, die USA und das Vereinigte Königreich, das Weltwirtschaftsforum, die Gates-Stiftung, die Wellcome-Gruppe und

grosse Pharmaunternehmen. Die «Drehtür»-Vereinbarungen zwischen diesen Organisationen haben zu einer regulatorischen Vereinnahmung geführt.

Der Forscher und Aktivist Yohan Tengra von der Awaken India Movement hat zwei Jahre lang untersucht, wie dies in Indien funktioniert. Durch seine Nachforschungen deckte er das Milliardenkartell auf, das die indische COVID-19 Task Force kontrolliert. Tengra listete nicht nur die Namen derjenigen auf, die in dieser Task Force sassen, sondern er legte auch detailliert dar, wie sie finanziell mit der Pharma- und Impfstoffindustrie verbunden sind.

Die Task Force war verantwortlich für die aggressive Einführung von Lockdowns, von der obligatorischen Maskenpflicht, von Zwangstests bei asymptomatischen Menschen, von der Streichung von Ivermectin aus dem nationalen Protokoll, von der Unterdrückung von Impfstoff-Nebenwirkungen und vieles mehr.

Tengra deckte auch auf, wie Indiens prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Gesundheitswesens, die regelmässig in den Medien und im Fernsehen auftraten, mit der Gates Foundation, der Rockefeller Foundation, dem Wellcome Trust, USAID, der Weltbank und anderen Aspekten des globalen tiefen Staates verbunden sind.

Wir sind sehr besorgt über einen «Pandemievertrag», der von mächtigen Interessen geprägt ist, die an der Schliessung von Volkswirtschaften interessiert sind (siehe den Online-Artikel Systemic Collapse and Pandemic Simulation von Fabio Vighi), an verpflichtenden Impfprogrammen und digitaler Überwachung, die nur allzu bereit sind, unsere Grundrechte zu ihrem eigenen Vorteil zu beschneiden.

Der Brief an den indischen Premierminister und den Gesundheitsminister macht deutlich, dass die WHO wegen der massiven Interessenskonflikte von jeder Rolle in der Weltgesundheit ausgeschlossen werden sollte.

Unterzeichner:

Dr. Jacob Puliyel, Delhi, MD, MRCP, MPhil, Kinderarzt und internationaler Gastdozent

Prashant Bhushan, Neu-Delhi, Senior Advocate, Oberster Gerichtshof von Indien

Colin Gonsalves, Neu-Delhi, Senior Advocate, Oberster Gerichtshof von Indien

Nilesh Ojha, Mumbai, Präsident der indischen Anwaltskammer, Rechtsanwalt am Obersten Gerichtshof von Bombay und am Obersten Gerichtshof von Indien, Menschenrechtsaktivist

Autor Dr. Amitav Banerjee, Pune, MD, ehemaliger Epidemiologe der indischen Streitkräfte

Dr. Aseem Malhotra, London (indischer Staatsangehöriger im Ausland), MBChB, MRCP. Beratender Kardiologe

Aruna Rodrigues, Mhow, Hauptpetentin: GMO PIL vor dem Obersten Gerichtshof und Mitglied Iridescent Blue Fish (IBF)

Dr. Donthi Narasimha Reddy, Hyderabad, Experte für öffentliche Ordnung und Kampagnenleiter

Dr. Megha Consul, Gurugram, Pädiatrie, Oberärztin, Neonatologin

Dr. Pravin Chordia, Pune, Facharzt für Chirurgie

Dr. Lalitkumar Anande, Mumbai, MBBS, PG-Diplom in klinischer Forschung

Dr. Vijay Raghava, Bangalore, MBBS Dr. Veena Raghava, Bangalore, MBBS, DA

Dr. Kuldeep Kumar, Haridwar, MBBS MS (ALLGEMEINE CHIRURGIE) Dr. Praveen Saxena, Hyderabad, Radiologe und klinischer Metalltoxikologe, MBBS, DMRD Osmania

Dr. Biswaroop Roy Chowdhury, Faridabad, Ph.D (Diabetes)

Dr. Gautam Das, Kolkata, MBBS, Allgemeinmediziner

Saraswati Kavula, Hyderabad, Dokumentarfilmerin und freiberufliche Journalistin, Awaken India Movement

Bhaskaran Raman, Mumbai, Professor, Abteilung für Informatik und Ingenieurwesen. Indisches Institut für Technologie Bombay Rechtsanwalt

Ishwarlal S. Agarwal, Mumbai Rechtsanwalt

Tanveer Nizam, Mumbai

Dr. Susan Raj, Chattisgrah, BSc Krankenschwester, MSW(M&P), Doktor der Geisteswissenschaften, Verhaltensspezialistin

Jagannath Chatterjee, Bhubhaneshwar, Sozialaktivist

Dr. Abhay Chedda, Mumbai, BHMS, CCAH, FCAH

Dr. Gayatri Panditrao, Pune, Homöopathische Ärztin, BHMS, PGDEMS

Dr. Rashmi Menon, Mumbai, BHMS, ChT

Rossamma Thomas, Pala, Kottayam, Kerala, Freiberufliche Journalistin

Ambar Koiri, Mumbai, Bewegung Erwachet Indien

Dr. G. Prema, Tamil Nadu, Klassische Homöopathin, Aasil Health Care

Dr. S. G. Vombatkere, Mysuru, Menschenrechtsaktivist und Anwalt

Anand Singh Bahrawat, Indore, Anwalt am Obersten Gerichtshof von Indore

Vijay Kurle, Mumbai

Rechtsanwalt L Shunondo Chandiramani, Indore, Oberster Gerichtshof von Indore

QUELLE: LETTER FROM INDIA: STOP WORLD HEALTH ORGANIZATION'S 'PANDEMIC PREPAREDNESS' TYRANNY

ÜBERSETZUNG: CHILDRENSHEALTHDEFENSE.EU

Quelle: <https://uncutnews.ch/brief-aus-indien-stoppt-die-tyrannei-der-weltgesundheitsorganisation-who-im-bereich-der-pandemievorbereitung/>

Über die Parteilosigkeit von «Billy» Eduard Albert Meier

Stefan Hahnekamp, Österreich

Viele, die Billy von den Kontaktberichten her kennen, wissen, dass er stets sehr objektiv über eine Sache spricht und nie seine persönlichen Befindlichkeiten in der Beurteilung einer Sache einfließen, sondern er stets nur ohne Umschweife die Wahrheit ausspricht. Die Wahrheit jedoch, die er ausspricht, ist sehr oft nicht positiv, was aber nicht daran liegt, dass er nur das Negative sieht, sondern daran, dass es seine Aufgabe ist, die «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens» zu bringen, die es wiederum mit sich bringt, auch die Missstände dieser Erdenwelt beim Namen zu nennen. Naturgemäss lösen die Nennung der negativen Fakten und Wahrheiten kein Wohlgefühl aus, sondern führen oft unrichtigerweise dazu, eine Parteilichkeit bei den Aussagen von Billy zu erkennen, sofern seine negativen Aussagen auf die eigene Person projiziert werden oder auf eine Person, die einem selbst sympathisch ist und nun in ein schlechteres Licht gerückt erscheint. So wird also das Gesagte von Billy als Angriff und Parteilichkeit gewertet, obwohl es sachlich betrachtet nicht mehr und nicht weniger als «nur» die Wahrheit ist.

Die Parteilosigkeit seitens Billy gilt sowohl in Hinblick auf Staaten, Regierungen, Parteien, Organisationen, Institutionen und Gruppierungen aller Art, aber auch in bezug auf Einzelpersonen. So wird einigen aufmerksamen Lesern der Kontaktberichte nicht entgangen sein, dass Billy beispielsweise zu den beiden ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump und Barack Obama Gutes und Schlechtes gesagt hat. Gutes und Schlechtes zu ein und derselben Person zu sagen, hat natürlich nichts mit Wankelmütigkeit zu tun, sondern einfach damit, dass wohl alle Menschen mehr oder weniger in deren Handlungen und Taten irgendwas konstruktiv gut oder destruktiv schlecht machen.

Und da Billy nun mal keine halben Sachen macht, gilt selbstredend die Parteilosigkeit gegenüber Einzelpersonen auch innerhalb des Vereins FIGU. Wenn jemand der Meinung ist, die Gunst von Billy in irgendeiner Sache zu erhaschen, indem er dies oder jenes für die FIGU macht und sich dadurch erhofft, eine bessere Stellung bzw. eine Bevorzugung innerhalb der FIGU zu erreichen, dann ist das ein Ding der absoluten Unmöglichkeit. Eine Bevorzugung, eine Parteilichkeit – aber auch eine Benachteiligung von einzelnen Personen, ist in der FIGU kategorisch ausgeschlossen. Wer Billy persönlich kennt, weiss, dass er selbst die Parteilosigkeit lebt, wobei jedoch auch allein in den Kontaktberichten sehr häufig seine Parteilosigkeit erkennbar ist, folglich auch darin oft Beweise dazu zu finden sind. Kennt man Billy persönlich, dann ist einem selbst sehr bald klar, dass er jedem FIGU-Mitglied den gleichen Respekt und die gleiche Aufmerksamkeit schenkt. Dabei spielt es keine Rolle, ob nun ein FIGU-Mitglied 10, 20, 30 oder 40 Jahre Mitglied ist oder erst ein Jahr – oder gar überhaupt zum ersten Mal im FIGU-Center zugegen ist. Es spielt auch keine Rolle, ob nun ein FIGU-Mitglied sehr aktiv für die Mission mitarbeitet oder eben wenig. Zwar freut es Billy, wenn FIGU-Mitglieder seine Mission bzw. die Mission der FIGU mit dieser oder jener Handlung unterstützen, er hegt aber nie Erwartungen gegenüber FIGU-Mitgliedern und schafft damit auch keinen Erwartungsdruck oder Zeitdruck. Er sagt zwar, was für die Mission getan werden sollte, lässt aber den Freiraum zu bestimmen, ob das tatsächlich getan wird oder nicht, ob eine Abwandlung davon getan wird – oder gar etwas ganz anderes getan wird – eine Idee, die er nicht genannt hat.

Sollten innerhalb der FIGU einzelne Mitglieder irgendwelche Fehlhandlungen unterlaufen, dann wiegt die Schwere des Fehlers allein aufgrund der fehlerhaften Handlung und nicht aufgrund der konkreten Person, die fehlerhaft gehandelt hat. Zur Beurteilung einer Handlung oder Tat, ob gut oder schlecht, steht also für Billy ausnahmslos diese selbst im Vordergrund, während die damit verbundene Person als Mensch ganz und gar nicht in die Beurteilung einfließt; das gilt für Billy innerhalb und ausserhalb der FIGU – also überall. Auch macht Billy keine Unterschiede, zu welchen Personen er Nachsicht übt. Sollten irgendwelche Handlungen einzelner Personen zum Nachteil der FIGU oder Billy selbst gereichen, egal ob einmal oder über Jahrzehnte hinweg, dann ist die Sache, sofern sie gegenwärtig keine Auswirkungen mehr hat, einfach «Schnee von gestern». Er hegt keinen Groll und keine schlechten Gedanken gegenüber unangenehmen Situationen, die in die Vergangenheit geflossen sind, denn ein solches Vorgehen hat keinen evolutiven Wert und ist somit überflüssig. Billy lebt die Parteilosigkeit gegenüber allen Menschen vor, so also alle Menschen für ihn als Menschen gleichwertig sind.

Die Parteilosigkeit schärft den Blick auf die objektive Realität und ermöglicht das Erkennen von wahren und falschen Aussagen von ein und derselben Person. Die Parteilosigkeit steht im Gegensatz zu einem «Fan» oder «Fanatiker» der eben eine starke Parteilichkeit gegenüber einer Organisation oder gegenüber Personen hegt; insbesondere gegenüber politischen Parteien, Sport-Mannschaften, Schauspielern oder Sängern, folglich diese in den Himmel gelobt werden, während alle jene mit unliebsamen Gedanken bestraft werden, die irgend etwas Kritisches zu sagen haben. Das typische personenbezogene/parteibezogene Denken eines Anhängers, «Fans» oder eines «Fanatiklers» ist: «Diese politische Partei, diese Mannschaft, dieser Schauspieler, diese Schauspielerin, dieser Sänger oder diese Sängerin ist super!». Das Denken eines Parteilosen ist: «Diese Aussage von der politischen Partei war diesmal richtig/falsch, die Leistung dieser Mannschaft war diesmal gut/schlecht, die Leistung des Schauspielers war diesmal gut/schlecht, das neue Lied dieses Musikers klingt gut/mässig/schlecht, die Handlung/Tat dieses Menschen war diesmal gut/schlecht».

Was Religionen bewirken Gefunden bei Facebook



Quelle: <https://www.facebook>

Freitagsgedanken: Warum Putin in Russland so beliebt ist

von Anti-Spiegel — Thomas Röper, 5. Januar 2024, 18:00 Uhr

Bei einem Gespräch mit einem deutschen Freund ist mir aufgefallen, dass ich einiges von dem, was den russischen Präsidenten bei den Russen so beliebt macht, nie berichtet habe. Da in drei Monaten Präsidentschaftswahlen in Russland sind, will ich das nun nachholen.

Natürlich kennen Stammleser des Anti-Spiegel viele Reden Putins und wissen, dass bei ihm Wort und Tat stets übereinstimmen, was an sich schon ein guter Grund für die Russen ist, ihrem Präsidenten zu vertrauen. Vielen Lesern ist auch bekannt, dass Russland unter Putin einen unglaublichen wirtschaftlichen Wiederaufstieg erlebt hat, der gerade erst darin gipfelte, dass Russland Deutschland (trotz oder wegen der Sanktionen) als fünftgrößte Volkswirtschaft abgelöst hat. Es gibt aber noch viel praktischere Gründe für Putins Popularität.



Bevor ich davon erzähle, will ich zunächst – wie bei den «Freitagsgedanken» üblich, allen Lesern herzlich danken, die meine Arbeit mit einer Spende unterstützen.

**Ohne Sie könnte ich den Anti-Spiegel nicht betreiben!
Ohne Ihre Unterstützung würde es den Anti-Spiegel nicht geben**

Ich betreibe den Anti-Spiegel alleine und im Hauptberuf, aber meine Rechnungen muss ich, wie jeder andere, auch bezahlen, daher bin ich auf Unterstützung angewiesen.

Sie, liebe Spender, sind es, die meine Arbeit als wirklich unabhängiger Journalist mit ihren kleinen grösseren Spenden erst möglich machen!

Mich zu unterstützen ist sehr einfach. Auf Telegram hat jeder User eine Wallet, die man kinderleicht aktivieren kann: Man gibt in die Telegram-Suche einfach «@Wallet» ein und schon öffnet sich ein Chat mit einem Bot. Man kann sein Wallet dann mit nur wenigen Klicks aktivieren, was keine zehn Sekunden dauert. In diesem Video wird das sehr ausführlich und mit vielen Zusatzinformationen erklärt, allerdings kann man das auch ohne das Video kinderleicht selbst machen.

Im Telegram-Wallet stehen drei Coins zur Auswahl, die man kostenlos an andere User überweisen kann. Dazu braucht man nur den Namen des Users. Daher können Sie mich nun über Telegram unterstützen, indem Sie einfach Coins an **@HelpingThomas** schicken, denn ohne finanzielle Unterstützung kann ich den Anti-Spiegel nicht betreiben.

Auch Coins zu bekommen, ist denkbar einfach, man kann sie mit seiner Kreditkarte kaufen. Das funktioniert wie auf einem Marktplatz. Man drückt auf einen Knopf und entscheidet, ob man Coins in eine normale Währung (in Deutschland wahrscheinlich Euro) tauschen oder umgekehrt für Euros Coins kaufen möchte. Dann erscheinen Angebote anderer User und wenn einem ein Angebot gefällt, klickt man es an und der Tausch wird eingeleitet. Wie das funktioniert, wird in diesem kurzen Video erklärt.

Für «Fortgeschrittene» Coin-Benutzer gibt es hier meine Wallet-Nummern:

Für USDT über **TRC20** ist meine Wallet-Nummer: TLkhwyNF12wfCsidqSoN7kZJh74PedAtPQ

Für Bitcoin ist meine Wallet-Nummer: 13zpe3F2Qz9cPvkRxjMDr62VBaE4YytV16

Für Toncoin ist meine Wallet-Nummer: UQBmwZVMXHloPVt0lsPCk00HtabX5s7-ilmomXG7nyDvBaYB

Ganz praktische Gründe für Putins Beliebtheit

Im Gegensatz zu westlichen Politikern, die den Wünschen der Konzerne folgen, setzt Putin sich tatsächlich für den Wohlstand der Menschen in Russland ein. Das mag pathetisch klingen, ist aber so, wie ich an einigen Beispielen aufzeigen will. Dieses Video ist schon von 2012 und viele dürften es kennen, aber es zeigt, was ich meine.

Der Mann, den Putin in dem Video zusammenfaltet, ist Oleg Deripaska, ein sogenannter russischer Oligarch. Wäre es denkbar, dass ein westlicher Regierungschef sich einem westlichen Oligarchen gegenüber so verhält? Würde ein deutscher Kanzler die Eigentümer von BMW oder anderen noch mehr oder weniger in Familienbesitz befindlichen deutschen Firmen so abkanzeln, wenn die ihre Profitinteressen über das Interesse der Menschen in Deutschland stellen?

Es gibt viele Beispiele für solche Vorfälle mit Putin, bei denen er sich für den Wohlstand der Menschen eingesetzt hat, wobei die meisten weitaus banaler sind. Wenn der Benzinpreis in Russland, wo Benzin normalerweise etwa 50 Cent kostet, mal auf 60 Prozent steigt, dann pfeift Putin die Mineralölkonzerne zusammen und fordert «normale» Benzinpreise. Wenn die Konzerne sich dann auf gestiegene Preise auf dem Weltmarkt berufen, entgegnet Putin, dass sie als Ölförderer auch bei 50 Cent Geld verdienen und dass es die Aufgabe russischer Firmen, die von den Vorteilen in Russland profitieren, ist, in erster Linie den russischen Markt zu fairen Preisen zu versorgen und erst danach Geld mit dem Export zu Weltmarktpreisen zu verdienen.

Wäre so etwas in einem westlichen Land möglich?

Als im Zuge der Corona-Massnahmen die Lebensmittelpreise weltweit gestiegen sind, sind sie auch in Russland gestiegen, weil die russischen Agrarfirmen natürlich mit dem Export zu den gestiegenen Weltmarkt-

preisen Geld verdienen wollten. Daraufhin hat Putin die Regierung angewiesen, das zu beenden und für niedrige Preise in Russland zu sorgen. Die Regierung hat daraufhin die Exportzölle für betroffene Lebensmittel erhöht, damit es für die russischen Produzenten nicht mehr so lohnenswert war, den Weltmarkt zu beliefern, und sie wieder die Nachfrage im eigenen Land befriedigt haben.

Wäre so etwas in Deutschland denkbar?

Vor einigen Wochen haben auch westliche Medien berichtet, dass in Russland die Preise für Geflügel explodiert sind, was in Russland zu Unzufriedenheit geführt hat und sogar Thema einer Frage bei Putins Jahrespressekonferenz war. Putin hat die Regierung angewiesen, das Problem zu lösen, dass ebenfalls durch hohen Export und geringe Importe entstanden war. Die Regierung hat daraufhin die Importzölle für Geflügel gesenkt und das Problem der gestiegenen Preise ist aufgrund des grösseren Angebotes schnell wieder verschwunden.

Derartige Beispiele gibt es viele. Sie zeigen den fundamentalen Unterschied zwischen Ländern wie Russland oder auch China zum Westen. Im Westen haben die Konzerne die Macht und sagen den Regierungen, was diese zu tun haben, damit die Gewinne weiter fliessen. Die Börsenkurse sind ein fester Bestandteil deutscher Nachrichtensendungen, um den Menschen zu suggerieren, wie wichtig die angeblich sind, in Russland sind sie fast nie ein Thema in den Nachrichten.

Putin erwartet von den Firmen, die in Russland von Standortvorteilen wie billigen Rohstoffen, Steuererleichterungen oder Subventionen profitieren, dass sie gefälligst zuallererst für das Wohlergehen der Menschen in Russland sorgen, und erst danach ans Geldverdienen auf den Weltmärkten denken. Diese Methoden werden im Westen, wo «die Wirtschaft», also Oligarchen, das Sagen hat, natürlich als «diktatorisch» bezeichnet. Wo kämen wir auch hin, wenn eine deutsche Regierung den Mineralölkonzernen verbieten würde, jedes Jahr pünktlich zur Urlaubszeit die Benzinpreise zu erhöhen? Oder wenn jemand BionTech und Pfizer den Marsch blasen würde, weil sie ihre sogenannten Covid-Impfstoffe zu vollkommen überhöhten Preisen an die EU verkaufen? Daran etwas zu ändern, das geht nicht, das wäre diktatorisch.

Das politische System in Russland ist, wie formell auch in den USA, nun einmal so aufgebaut, dass der Präsident der Regierung Anweisungen gibt, die die Regierung dann umzusetzen hat. Und Putin macht davon natürlich Gebrauch und setzt die Bedürfnisse der Menschen über die Profitinteressen der Wirtschaft. Das ist einer der Gründe für seine in Russland ungebrochene Popularität und den gestiegenen Wohlstand. Noch ein letztes Beispiel: Als es 2020 in Sibirien eine Umweltkatastrophe gegeben hat, weil die Firma eines anderen, im Westen sogenannten russischen Oligarchen bei der Wartung von Treibstofftanks gespart hatte, hat Putin den Geschäftsmann vor laufenden Kameras zusammengefasst und der Mann hat kleinlaut versprochen, alle Schäden auf eigene Kosten zu beseitigen. Das ist auch geschehen, die interessanten Details können Sie hier nachlesen.

Lesen Sie den verlinkten Artikel und stellen Sie sich die Frage, ob es im Westen denkbar wäre, dass ein Regierungschef den Chef eines westlichen Konzerns für ein Umweltvergehen so abkanzelt. Ja, im Westen muss der Konzern in so einem Fall in der Regel eine Strafe zahlen, aber die Kosten für die von ihm verursachten Schäden muss er nicht voll übernehmen, wie zum Beispiel die von westlichen Konzernen verursachten Ölkatastrophen zeigen.

Nehmen wir nur die Katastrophe von Deepwater Horizon 2010, die schwerste Umweltkatastrophe dieser Art in der Geschichte. 87 Tage lang strömten etwa 800 Millionen Liter Öl ins Meer, was zur Ölpest im Golf von Mexiko führte, aber der Konzern BP musste nur 4,5 Milliarden Dollar Strafe zahlen.

Für die Beseitigung der Schäden wurden bis heute lediglich 14 Milliarden ausgegeben. BP hat 2022 aber einen Jahresgewinn von 25 Milliarden gemacht, die Sache war also nicht allzu schmerzhaft für BP.

Übrigens zahlte Transocean, der Eigentümer der Ölplattform, einer Reihe ihrer Führungskräfte Anfang 2011 mehrere Millionen Dollar an Prämien aus. Damit wurde honoriert, dass im Jahr 2010 die geringste Zahl an Unfällen seit Gründung des Unternehmens auftrat. Gemessen wurde das an der Anzahl und dem möglichen Schweregrad der Unfälle. Der CEO von Transocean, Steven L. Newman, erhielt allein über vier Millionen Dollar in Form von Aktienoptionen und Aktien.

Das wäre in Russland undenkbar, aber Russland ist ja auch eine böse Diktatur...

Die Ukraine – Opfer unserer Medien

Von JACQUES BAUD | Veröffentlicht 19.01.2024

Wie in jedem Konflikt versucht jede Kriegspartei, von der Richtigkeit ihres Handelns zu überzeugen. Das Problem ist, dass unsere Lesart des Ukraine-Konflikts seit 2014 ausschliesslich auf der ukrainischen Propaganda beruht. Das führte Anfang 2023 zu widersprüchlichen Diskursen über ein Russland, das «verliert», und eine Ukraine, die nicht «gewinnen» kann. All das, was wir heute beobachten, war bereits im Juni 2022 vorhersehbar. Doch der Hass auf Russland und die Russen hat die Vernunft und den gesunden Menschenverstand erstickt.



*Der Blick, den westliche Medien auf den Ukraine-Konflikt werfen, ist oft verfälscht oder gefärbt.
Foto: spoilt.exile Lizenz: CC BY-SA 2.0, Mehr Infos*

Im November 2022 behauptete der Journalist Jean-Philippe Schaller vom Schweizer Rundfunk RTS, dass «Wladimir Putin über bestimmte Verbindungen im Westen verfügt», zu denen ich zusammen mit einem ehemaligen Geheimdienstdirektor und einem ehemaligen französischen Aussenminister als Agent gehören würde[1]. Schaller ist ein Lügner, der auf diese Weise eine Verschwörungstheorie allein auf der Grundlage seiner Vorurteile aufstellt. Hätte dieser Journalist seine Arbeit ehrlich gemacht, hätte er festgestellt, dass ich für meine Bücher ausschliesslich Informationen aus den USA, der Ukraine (aus Kiew) und der russischen Opposition verwende.

Doch selbst mit diesen Quellen erhalte ich ein ganz anderes Bild des Ukraine-Konflikts als das, welches unsere Medien bieten. Während der gesamten Ukraine-Krise haben unsere Medien die ukrainische Propaganda als Quelle verwendet. Selbst inoffizielle ukrainische Medien oder gar russische Oppositionsmedien werden ausgeschlossen, wenn sie ein differenzierteres Bild des Konflikts zeichnen.

Wer einige Wochen oder Monate später auf die Informationen unserer Medien über Russland zurückblickt, stellt fest, dass die überwältigende Mehrheit (ca. 90 Prozent) schlichtweg falsch war. Dies könnte mit dem «Nebel des Krieges» erklärt werden, doch die Analyse zeigt, dass dies nicht der Fall ist, da die korrekten Informationen zum Zeitpunkt der Verbreitung durch unsere Medien verfügbar waren.

Westliche Hysterie

An dieser Stelle muss ich den Begriff «Falschinformation» genauer erläutern. Denn die von unseren Medien vermittelten Informationen werden mit den Informationselementen, die einen bestimmten Diskurs unterstützen, neu zusammengesetzt, um ein falsches Bild zu vermitteln. Es lässt sich leicht nachweisen, dass Medien wie die Westschweizer RTS, die Zeitung «Blick» und sogar die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) diese Methode praktizieren, die technisch gesehen unter die Verschwörungstheorien fällt: Das heisst, eine Verschwörungstheorie zu entwickeln.

Was beispielsweise die Atomwaffenfrage betrifft, habe ich in meinen Büchern nachgewiesen, dass Wladimir Putins Äusserungen systematisch auf westliche Drohungen folgten (darunter die frühere britische Aussenministerin Liz Truss, die erklärte, sie sei bereit, eine «globale Vernichtung» auszulösen[2]). Das «vergessen» unsere Medien, um den Eindruck zu erwecken, Wladimir Putin habe seine Drohungen grundlos ausgesprochen.

Wie ich in meinen Büchern nachgewiesen habe, bestand die Politik unserer Medien nach meinen Beobachtungen darin, die Wahrnehmung des Konflikts zu polarisieren, indem sie den Hass auf die Russen maximierten. Das ging so weit, dass alles, was russisch war, ausgegrenzt und stigmatisiert wurde: Künstler, Kunstwerke, Sportler, Katzen, Bäume ...

Die Hysterie, die im Westen zu beobachten ist und von unseren Medien propagiert wird, hat in Russland keine Parallele. Zum Beispiel weht die Flagge der Ukraine immer noch vor dem Gebäude der Parlamentarischen Versammlung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in St. Petersburg. Denn offiziell ist sie immer noch Teil der Organisation[3] und die Behörden haben sich dagegen gewehrt, dass sie durch die Bevölkerung entfernt wird[4]. Aber in Europa wurde die russische Flagge von den Olympischen Spielen[5], den Australian Open[6], der Schachweltmeisterschaft[7], dem Europarat[8] und vielen anderen entfernt.

Medien als Propagandawerkzeuge

Im Jahr 2016 gründete die britische Regierung die Integrity Initiative (II), eine Organisation, die gegen russische Desinformation vorgehen soll. Ein Dokument der Initiative, datiert vom Juni 2018, stellt fest[9]:

Ein weiteres Hindernis bei der Bekämpfung von Desinformation ist die Tatsache, dass einige der vom Kreml unterstützten Erzählungen faktisch wahr sind [...]. Auf unbequeme Wahrheiten zu reagieren, ist im Gegensatz zu reiner Propaganda natürlich problematischer.

Unsere staatlichen und öffentlich-rechtlichen Medien sind zu Propagandawerkzeugen geworden, die Behauptungen aufstellen, ohne jemals etwas zu überprüfen oder zu belegen. Dies gilt auch für die Vergewalti-

gungen, die angeblich von russischen Truppen begangen wurden. Wie in allen Kriegen gab es sicherlich Vergewaltigungen durch Militärs auf beiden Seiten. Anfang April 2022 kam es jedoch zu einem plötzlichen Anstieg derartiger Anschuldigungen. Sie stammen von Ljudmyla Denissowa, der ukrainischen Kommissarin für Menschenrechte[10]. RTS berichtete über diese Vergewaltigungen und betonte, dass sie «Teil des russischen Kriegsarsenals» seien[11].

Die ukrainischen Medien berichteten jedoch einige Wochen später, dass alles falsch ist. Ljudmyla Denissowa wurde auf Beschluss des ukrainischen Parlaments entlassen, weil es für ihre Anschuldigungen keine Beweise gab und ihre Behauptungen dem Ansehen der Ukraine schaden, wie die ukrainische Nachrichtenagentur Ukrinform berichtete[12]. Dies hinderte das Online-Magazin Watson.ch jedoch nicht daran, die Geschichte aufzugreifen, wobei natürlich die Vorbehalte im Zusammenhang mit dem Fall Denissowa ausgelassen wurden[13]. Offensichtlich sind die Ukrainer ehrlicher als unsere Journalisten, die lügen und versuchen, Hass zu verbreiten! ...

Weiterlesen:

Dieser Artikel ist Teil eines längeren Beitrages von Jacques Baud aus Hintergrund – Das Nachrichtenmagazin 1|2 / 2024. Sie können das Heft bestellen – HIER oder im Handel kaufen – HIER.

Quellen:

[1] <https://youtu.be/bEv4-IJsl9k?t=414>

[2] <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/liz-truss-nuclear-button-ready-b2151614.html>;

<https://youtu.be/lvH7cgbdzU>

[3] https://iacis.ru/novosti/mezhparlamentskaya_assambleya/o_gosudarstvennih_simvolah_stran_vhodyashih_v_mpa_sng

[4] В России не поддержали сорвавших украинский флаг возле штаб-квартиры МПА СНГ, Lenta.ru, 16. April 2023

(<https://lenta.ru/news/2023/04/16/nosupport/>)

[5] <https://www.blick.ch/fr/news/france/avis-a-poutine-et-au-cio-pourquoi-macron-veut-bannir-le-drapeau-russe-des-jo-de-paris-id18918407.html>

[6] <https://www.leparisien.fr/sports/tennis/lophen-daustrie-interdit-les-drapeaux-russes-et-belarusses-17-01-2023-SQXZDXTIKBAU3GCWFKEGWQANZA.php>

[7] <https://information.tv5monde.com/international/mondiaux-dechecs-pourquoi-les-russes-nont-pas-le-droit-darborer-leur-drapeau-35973>

[8] <https://www.dna.fr/politique/2022/03/16/le-drapeau-russe-descendu-de-son-mat-au-conseil-de-l-europe>

[9] Upskilling to Upscale: Unleashing the Capacity of Civil Society to Counter Disinformation, Final Report, Juni 2018, S. 55 (paragraphe 5.3). (<https://www.pdf-archive.com/2019/03/22/untitled-pdf-document-1/>)

[10] https://www.francetvinfo.fr/monde/europe/manifestations-en-ukraine/guerre-en-ukraine-apres-le-massacre-de-boutcha-les-temoignages-glacants-des-victimes-de-viols-commis-par-l-occupant-russe_5145007.htm

[11] <https://www.rts.ch/info/monde/13005321-les-viols-de-civils-font-partie-de-larsenal-de-guerre-russe-en-ukraine.html>

[12] <https://www.ukrinform.fr/rubric-ato/3496821-la-commissaire-aux-droits-de-lhomme-ukrainienne-demise-de-ses-fonctions.html>

[13] <https://www.watson.ch/international/interview/389713480-russische-soldaten-drohen-ukrainern-mit-vergewaltigung>

Quelle: <https://www.hintergrund.de/medien/die-ukraine-opfer-unserer-medien/>

Die Menschen in Gaza werden zu Tode gehungert Wir beobachten, wie sich eine grausame Hungersnot vor unseren Augen entfaltet

Daniel Larison

Alex de Waal schlägt erneut Alarm wegen der Hungersnot in Gaza:

Wenn die Katastrophe in Gaza so weitergeht wie bisher, wird der vorhergesagte Massentod durch Krankheiten, Hunger und Entblössung eintreten. Wenn humanitäre Hilfe unverzüglich und in grossem Umfang geleistet wird, werden sich die Todesfälle durch Hunger und Krankheiten stabilisieren und zurückgehen, aber es wird noch einige Zeit dauern, bis sie wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Selbst bei einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und der Bereitstellung von Nothilfe sowie der Wiederherstellung der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung und der Gesundheitsdienste würde die Sterblichkeitsrate noch Wochen oder Monate lang erhöht bleiben. Selbst dann würde es sich um eine «grosse» Hungersnot handeln, die nach der Definition 10'000 oder mehr Todesfälle umfasst. Eine «grosse» Hungersnot mit 100'000 oder mehr Todesopfern könnte drohen, wenn die Feindseligkeiten und Zerstörungen im derzeitigen Ausmass weitergehen.

Wie ich letzte Woche in meiner Kolumne schrieb, handelt es sich um eine der schlimmsten von Menschen verursachten Hungersnöte der jüngeren Geschichte. Die Bevölkerung des Gazastreifens wird durch die israelische Belagerung im Rahmen einer Politik der kollektiven Bestrafung vorsätzlich ausgehungert. Wir beobachten, wie sich vor unseren Augen eine grausame Hungersnot entfaltet. Unsere Regierung unterlässt es nicht nur, etwas dagegen zu unternehmen, sondern sie unterstützt den Täter aktiv bei der Führung seines Krieges und bietet ihm diplomatischen Schutz.

Der Massenhunger in Gaza ist bereits Realität, und wenn sich nichts ändert, wird es mit der Zeit nur noch schlimmer werden.

Die «grosse Mehrheit» der 400'000 Bewohner des Gazastreifens, die von den UN-Organisationen als vom Hungertod bedroht eingestuft werden, «befinden sich tatsächlich in einer Hungersnot und sind nicht nur von einer Hungersnot bedroht», sagte Martin Griffiths, der UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekordinator gegenüber Christiane Amanpour von CNN.

Es muss einen Waffenstillstand geben, aber ein Waffenstillstand allein wird nicht ausreichen, um die humanitäre Katastrophe aufzuhalten. Zu der Katastrophe gehört nicht nur der grosse Hunger, sondern auch die rasche Ausbreitung von Krankheiten. Wie wir alle wissen, ist eine hungrige Bevölkerung anfälliger für Krankheiten und hat ein viel grösseres Risiko, umzukommen. Maya Rosen schrieb Anfang des Jahres über den epidemiologischen Krieg, der gegen die Menschen im Gazastreifen geführt wird, und sie erklärte, dass ein Waffenstillstand nur der Anfang dessen ist, was nötig ist, um zu verhindern, dass Menschen an vermeidbaren Ursachen sterben:

Wie Asi anmerkte, würde ein Waffenstillstand jedoch nur die offenkundigsten Formen der Gewalt bekämpfen, und die indirekten Auswirkungen des Krieges werden wahrscheinlich weiter zunehmen, selbst wenn die Bomben nicht mehr fallen. «Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem ein Waffenstillstand in einer Minute das Leiden vieler Menschen für Wochen, wenn nicht Monate, nicht beenden würde», sagte Asi. Gesundheitsexperten sind sich einig, dass die Bekämpfung von Infektionskrankheiten die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Impfstoffen, den Bau von Häusern für die fast zwei Millionen Vertriebenen im Gazastreifen und Investitionen in die Infrastruktur – Wasseraufbereitung, Abwassersysteme und Stromnetze – erfordert.

Die anhaltende Verwüstung und das Töten müssen gestoppt werden, aber es muss noch eine grosse Hilfsaktion stattfinden, um weitere massive Verluste an Menschenleben zu vermeiden. Der Welt mangelt es nicht an den notwendigen Mitteln, um die Menschen in Gaza vor einem schrecklichen Schicksal zu bewahren, aber die Regierungen, die den grössten Einfluss auf die Verhinderung einer Katastrophe haben, wollen das Problem nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Die Regierung hat nicht geprüft, ob die israelische Regierung gegen das Völkerrecht verstösst, und es versteht sich von selbst, dass sie zu dem massiven Verbrechen, das gegen die gesamte Bevölkerung von Gaza begangen wird, nichts zu sagen hatte.

De Waal, ein Gelehrter, der das Buch über die Geschichte der modernen Hungersnöte geschrieben hat, führt aus:

Im historischen Katalog der Hungersnöte und Massenverhungern ist es schwer, eine Parallele zur Situation in Gaza zu finden. Es gibt nur wenige Fälle, in denen eine so umfassende Belagerung mit einer so umfassenden Zerstörung von OIS [überlebenswichtigen Objekten] einhergeht. Die absoluten Zahlen der Menschen, die in Gaza sterben, werden nicht mit denen der katastrophalen Hungersnöte des 20. Jahrhunderts vergleichbar sein, da die betroffene Bevölkerung kleiner ist, doch die anteilige Zahl der Todesopfer könnte vergleichbar sein.

Die USA befinden sich in einer einzigartigen Position, um das Schlimmste zu verhindern. Unsere Regierung verfügt über ein beträchtliches Druckmittel gegenüber Israel, wenn sie es nur einsetzen würde. Das Versäumnis, dieses Druckmittel in den letzten drei Monaten einzusetzen, ist ein wichtiger Grund, warum die Lage so schlimm ist. Der Präsident und die Mitglieder des Kongresses haben die Wahl: sie können sich zum Komplizen des Verbrechens machen, unschuldige Menschen in grosser Zahl verhungern zu lassen, oder sie können handeln, um das Verbrechen zu stoppen, bevor noch mehr Menschenleben unnötig verloren gehen.

erschienen am 16. Januar 2024 auf > Eunomia

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2024_01_17_diemenschen.htm

Aufruf von Linken und Grünen: Ja zur Schweizer Neutralitätsinitiative!

Von: Redaktion, 16. Januar 2024,

(Red.) Eine Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz hat das Verfahren für eine politische Initiative eingeleitet, deren Ziel es ist, eine Definition der Aussenpolitik des Landes in die Verfassung aufzunehmen. Wenn die Initiative bis Mai 2024 von 100'000 Stimmberechtigten unterschrieben wird, kommt es in einigen Jahren zu einer obligatorischen Volksabstimmung. Obwohl die Initiative von Wählern und Aktivisten aus allen Teilen des politischen Spektrums des Landes unterstützt wird, wird sie in Medienberichten oft als «rechts» bezeichnet. Um dieser Darstellung entgegenzuwirken, veröffentlichen wir einen «Aufruf von Linken und Grünen», um zu zeigen, dass es viele linke Argumente gibt, die diese wichtige politische Idee unterstützen.



(Foto Janosch Diggelmann)

*Die Neutralität der Schweiz ist historisch gewachsen und hat sich bewährt.
Und gerade das gegenwärtige WEF in Davos zeigt, dass die Schweiz als neutrale Vermittlerin
in internationalen Konflikten gefragt ist und hilfreich sein kann.*

Die 2022 lancierte Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» wird in vielen Medien und von einem Teil der Linken und Grünen als ein rechtspopulistischer Versuch zum Isolationismus gebrandmarkt. Wir widersprechen: Als Linke und Grüne begrüßen und unterstützen wir die Neutralitätsinitiative! Die Initiative ist nicht «rechts», sondern wurde von einem überparteilichen Komitee ausgearbeitet, das die Schweizer Aussenpolitik von ihrem pro-NATO-Kurs abbringen und zu einer internationalen und weltoffenen Neutralität hinführen will. Als Linke und Grüne sind wir überzeugt, dass das Lagerdenken in eine Sackgasse führt. Wir engagieren uns stattdessen für eine Sachdebatte.

Worum es in der Initiative geht

Die Neutralität der Schweiz ist über 200 Jahre alt und ihre legalen Prämissen sind seit 1907 in den Haager Abkommen klar definiert. Diese Bestimmungen sind eine gute, zeitlose und völkerrechtliche Grundlage unserer Aussenpolitik. Die Schweiz nimmt nicht teil an den Kriegen anderer Staaten, flankiert von einer strengen Kriegsmaterial-Gesetzgebung. In der neuen multipolaren Weltordnung brauchen wir eine Neutralität, die Sicherheit schafft und sich am Weltfrieden orientiert. Innenpolitisch wird die Neutralität zwar in der Verfassung erwähnt, aber nicht definiert. Die Initiative holt dies nach und gibt der Aussenpolitik eine klare Richtung vor. Sie signalisiert dem Ausland, was von der Schweiz zu erwarten ist. Die Bundesverfassung wird um folgenden Artikel ergänzt:

Art. 54a Schweizerische Neutralität

1. Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.
2. Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.
3. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.
4. Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Dieser Verfassungstext umschreibt nicht die Gesamtheit der Schweizer Neutralität, dient aber als Leitlinie für ein aktives und am Weltfrieden orientiertes Neutralitätsverständnis.

Als Linke und Grüne unterstützen wir die Initiative aus folgenden Gründen:

1) Eine allparteiliche Neutralität sichert eine international orientierte Schweiz

Wir stehen ein für eine weltoffene und multikulturell orientierte Schweiz. Absatz 4 der Initiative fordert, dass die Schweiz künftig aktiv hilft, Konflikte zu verhindern und zu vermitteln. Unser Land wird deshalb in internationalen Konflikten nicht Partei ergreifen, sondern stellt sich ohne Wenn und Aber jedem Staat der internationalen Gemeinschaft als Verhandlungsort zur Verfügung. Als Begegnungsort der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann die Schweiz den Frieden in der Welt fördern. Unsere Neutralitätspolitik muss auch gegenüber den Ländern des Südens und solchen ohne das westliche Demokratiemodell glaubwürdig sein. Denn Staatsformen, Ordnungs- und Wertvorstellungen hängen

gen auch vom technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand ab. In ihren Friedensbemühungen schliesst sich die Schweiz nicht den Standpunkten des einen oder des anderen Lagers an, sondern bringt gegenüber allen Parteien Verständnis und Dialogbereitschaft auf. Nur so kann sie allseitig Vertrauen gewinnen und behalten. Die Schweiz ist nicht Teil eines Machtblocks, sondern integriert sich künftig in die Weltgemeinschaft. Auf dieser Basis kann das Internationale Rote Kreuz, eine der heilvollsten Institutionen der Schweiz, weiterhin seine wertvollen Dienste leisten und den Konfliktbetroffenen auf beiden Seiten helfen.

2) Die aktive Neutralität der Schweiz ist ein Europäisches Friedensprojekt

Als pazifistische Linke und Grüne stehen wir für den Frieden in Europa ein. 1815 versprach die Tagsatzung, «die immerwährende Neutralität anzuerkennen und zu gewährleisten, welche das gemeinsame europäische Staateninteresse zu Gunsten der Eidgenossenschaft erheischt». Dieses Versprechen an Europa wollen wir nach 200 Jahren erneuern.

Als Pufferstaat half die Schweiz während 100 Jahren, das Kräftegleichgewicht in Europa zu erhalten: Wir haben unser Land weder den Österreichern gegen die Franzosen noch den Franzosen gegen die Österreicher zur Verfügung gestellt. Während den zwei Weltkriegen half die Neutralität international wenig: Sie kam massiv unter Druck, hat uns aber immerhin den Frieden im eigenen Land bewahrt.

Im Kalten Krieg hat die Schweiz wesentlich dazu beigetragen, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einem den Frieden und die Verständigung fördernden Abschluss [1] kam. Darauf sind wir stolz: Die Schweiz soll auch künftig mit einer aktiven Friedens- und umsichtigen Neutralitätspolitik am Frieden in Europa mitwirken.

Mit ihrem Neutralitäts-Knowhow kann die Schweiz zudem Staaten in ähnlicher geopolitischer Situation unterstützen: mit anderen neutralen und bündnisfreien Staaten ein Netzwerk bilden, das sich für die Deeskalation zwischen verfeindeten Nationen einsetzt.

3) Die Rückkehr zur integralen Neutralität macht die Schweiz global glaubhaft

Die wichtigste Änderung der jetzigen Neutralitätspraxis bringt Absatz 3: Die Schweiz beteiligt sich nicht an nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen andere Staaten. Das ist zentral, tragen doch Grossmächte ihre Kriege nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich aus: Verhängt werden dann oft Sanktionen, die weder völkerrechts- noch menschenrechtskonform sind. Sie treffen die Bevölkerung, wobei die Armen und Schwachen – Frauen, Kinder, Alte – besonders darunter leiden. Wirtschaftssanktionen eines mächtigen Landes oder Länderblocks sind willkürlich. Solche Gewaltaktionen lehnt die Schweiz ab: Sie wird Bedrohungen des Friedens, Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen, von welcher Seite auch immer begangen, in der UNO problematisieren und kritisieren.

4) Integrale Neutralität ist solidarisch mit den Ärmsten der Welt

In Kriegen bluten und leiden die Mittelschicht und Armutsbetroffene am allermeisten, während Waffenfirmen und deren Aktionäre massiv verdienen. Das gilt auch für den Ukrainekrieg, in dem das ukrainische und russische Volk sich gegenseitig ausbluten, während der militärisch-industrielle Komplex der kriegsführenden und kriegstreibenden Staaten wächst und wächst. Mit jeder Eskalation werden mehr Rüstungsgüter nachgefragt, [2] todbringende Gerätschaften verkauft, riesige Gewinne erzielt. Kurz: Kriege bringen vielen den Tod und dem Grosskapital satte Profite. Das ist eine eiserne Regel des Krieges.

Sanktionen verlängern den Krieg. Sie führen zudem so gut wie nie zu einem «Regime Change». Mit Sanktionen werden die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen dem Westen und dem ärmeren Rest der Welt nicht behoben, sondern verschärft. Die Schweiz verzichtet deshalb prinzipiell auf Sanktionen, ausser sie werden vom UNO-Sicherheitsrat verhängt. Solidarität nur mit Staaten und Menschengruppen zu zeigen, die einen vergleichbaren Lebensstandard haben und die westlichen Werte teilen, ist ein Unding: Die Schweiz ist allparteilich solidarisch und erweist allen Staaten, die in Not sind, ihre Solidarität. Praktisch heisst das, mehr Solidarität mit den Armen dieser Welt.

5) Der Verzicht auf den NATO-Beitritt ist unser wichtigster Beitrag zum Weltfrieden

Die NATO, einst ein Verteidigungsbündnis, ist längst zu einem aggressiven Verband geworden, der mit «Out of Area»-Einsätzen weit über den Nordatlantik und Europa hinausgreift. Die NATO dient dazu, die Vormachtstellung des Westens zu erhalten und auszubauen. Völkerrechtswidrige NATO-Einsätze haben im Irak, in Afghanistan, in Libyen zum Zusammenbruch aller drei Staaten geführt. Während die USA jenseits des Atlantiks sich vorab um den Erhalt ihrer imperialen Machtposition kümmern, hat Europa gewaltige Flüchtlingsströme zu verkraften, denn in allen drei Ländern herrscht heute die nackte Not.

Diese Entwicklung geht noch weiter, indem ihre grössten Mitglieder sogar von einer «Wirtschafts-NATO, die unseren Lebensstandard verteidigt», [3] träumen. Dabei hat die eine Milliarde der NATO-Bevölke-

rung dank ihrem grenzenlosen Zugriff auf die globalen Ressourcen bislang jährlich zwischen drei bis fünf Planeten vernutzt und die Klimaerwärmung und die weltweit sinkende Biodiversität angestossen. Diese globalen Probleme lassen sich nur multilateral und mit einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft lösen.[4] Deshalb: Schluss mit Kriegen und Sanktionen. Der wirtschaftliche Ausgleich ist der wichtigste Beitrag für eine globale Sicherheitspolitik!

6) Die bewaffnete Neutralität ist ein pazifistischer Ansatz der internationalen Politik

Neutralität hat Zukunft: Der Friede wird sicherer, wenn mehr Länder unabhängig und neutral bleiben, statt sich einem der grossen Blöcke anzuschliessen. Als bewaffnetes Land verteidigt sich die Schweiz zwar selbst, sollte sie angegriffen werden, wird sich aber nicht an ausländischen Kriegen beteiligen, auch nicht zum kollektiven Schutz anderer Länder. Damit vertritt die Schweiz einen konsequenteren Pazifismus als es die UNO-Charta verlangt: Artikel 51 gesteht allen Mitgliedern das «naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung zu». Doch die «kollektive Selbstverteidigung», einst als Ausnahmefall gedacht, wurde zum Normalfall verkehrt. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde praktisch jeder Angriffskrieg als «kollektive Selbstverteidigung» gerechtfertigt: die Interventionen der Sowjetunion in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968), der USA in Vietnam (1964), Afghanistan (2001), im Irak (2003), die Intervention Chinas in Vietnam (1979) oder der NATO in Serbien (1999) und Libyen (2011).

Die Schweiz weist die kollektive Selbstverteidigung zurück und verspricht, bei keinen Kriegen mitzumachen: Sie bleibt pazifistisch, egal wie gross der wirtschaftliche und moralische Druck aus dem Ausland ist. Weil die Wahrheit über Kriegsursachen und Kriegsgründe immer erst Jahrzehnte danach ans Tageslicht kommt, verzichtet die Schweiz aus Prinzip auf Kriegsbindnisse. Sie beteiligt sich weder an der Kriegshetze gegen andere Länder noch an deren Dämonisierung — das hoffen wir: Die Schweiz soll kein Land von selbstgerechten und selbstherrlichen Kriegsmitmachern werden. Fertig mit dem Lagerdenken, befreit für die Sachdebatte plädieren wir: Ja zur Neutralitätsinitiative!

Autorschaft und Kontakt

Dr. Pascal Lottaz, Associate Professor, Kyoto (lottaz.pascal.5a@kyoto-u.ac.jp).

Verena Tobler Linder, Ethnologin und Soziologin, Zürich (verenatobler@kernkultur.ch).

Prof. em. Wolf Linder, Politologe, Bern (woli@bluewin.ch).

Erstunterzeichner

Araújo, Stefano, Membre du Comité Central du PC, Geneve.

Ay, Massimiliano, Membro Gran Consiglio del Canton Ticino, Bellinzona.

Barenco, Sergio, Ex-Membro del Municipio, Arbedo.

Belser, Eduard, Ehem. Ständerat und Ehem. Regierungsrat, Basel-Land.

Bernasconi, Guido, Ex-Deputato al Gran Consiglio del Canton Ticino, Sonvico.

Beroggi, Filippo, Koordinator SISA Gewerkschaft, Bissone.

Camozzi, Ismael, Koordinator SISA Gewerkschaft.

Cappelletti, Edoardo, Conseil Communal, Lugano.

Casella, Zeno, Conseil Communal, Capriasca.

Cereghetti, Bruno, Ex-Deputato al Gran Consiglio del Canton Ticino e del Municipio di Locarno.

Ferrari, Lea (Agronoma Msc), Deputata del Gran Consiglio del Canton Ticino, Serravalle.

Ferrazzini, Marco, Ex-Vice-Maire et Grand Conseiller, Chiasso.

Forni, Angelica, Consigliera Comunale, Losone.

Frei, Luca, Koordinator der KJ, Lugano.

Galli, Giovanni, Psicologo e Psicopedagogo, Minusio.

Genitsch-Hofer, Franziska, Partei der Arbeit (PDA), Basel.

Gerster, Willi (Dr. rer. pol.) Ehem. SP-Grossrat, Basel-Stadt.

Gräub, Ernst, Ehem. Gewerkschaftssekretär, Basel.

Hanke Güttinger, Ariet (Dr. phil.), Historikerin, Dussnang.

Hebling, Francesco, Mitglied des Zentralkomitees KJ, Tessin.

Heise, Herbert, Psychiater und Chefarzt im Ruhestand, Bern.

Hofer, Stefan (Rechtsanwalt im Ruhestand), Partei der Arbeit (PDA), Basel.

Joos, Heidi, Coaching-Fachfrau & ehemaliges Mitglied Legislative Stadt und Kanton, Luzern.

Iembo, Samuel, Mitglied des Zentralkomitees der KP, Bellinzona.

Leuenberger, Peter, Ehemaliger Sekretär der Anti-Apartheid Bewegung der Schweiz, Köniz.

Linder, Wolf (Prof. em.), Politologe, Bern.

Lottaz, Pascal (Dr. phil.), Associate Professor Universität Kyoto & Mitglied SP International, Japan.

Lucchini, Alessandro, Economista & Consigliere Comunale, Bellinzona.

Malyguine, Nil, Membro del Comitato Centrale del PC, Massagno.

Marconi, Martino, Consigliere Comunale, Morbio Inferiore.

Masera Arigoni, Elena, Magliaso.

Mattmann-Allamand, Peter (Dr. med.), Arzt & Ehemaliger POCH- und Grünen-Politiker, Kriens.

Müller, Christian (Dr. phil.), Publizist, Monteggio.

Müller, Hans-Peter (Prof. em.), Ethnologe, Uitikon.

Müller, Geri, Ehem. Nationalrat und Präsident der Gesellschaft Schweiz Palästina, Baden.
 Paltenghi, Niki, Graphiste ECAL & Membro del Comitato Centrale del PC.
 Parzani, Siria, Mitglied des Zentralkomitees der KJ, Porza.
 Pugno Ghirlanda, Daniela, Ex-Deputata al Gran Consiglio del Canton Ticino, Minusio.
 Reins, Ivo (Prof. em.), Juriste et Historien, Genève.
 Roca, René (Dr. phil.), Historiker, Oberrohrdorf.
 Scheben, Helmut (Dr. phil.), Journalist und langjähriger Redaktor der SF Tagesschau, Zürich.
 Schmid, Peter (Dr. phil.), Alt-Nationalrat & Präsident Grüne Partei Schweiz von 1987 bis 1990.
 Schneider, Beat (Prof. em.), Kultur- und Designgeschichte, Bern.
 Schumacher, Franz, Ehem. SP- Stadt- und Kantonsrat, Zürich.
 Soiland, Tove (Dr. phil.), Historikerin und feministische Theoretikerin, Zürich.
 Soyigitoglu, Niyazi, Sozialpädagoge, Zürich.
 Speranza, Amos, Membre du Comité Central du PC, Bellinzona .
 Tobler Linder, Verena, Ethnologin und Soziologin, Zürich.
 Togni, Alberto, Consigliere Comunale, Gordola.
 Villa, Malena, Mitglied des Zentralkomitees der KJ, Claro.
 Zahno, Gallus, Berufsschullehrer & Gemeinderat Stauf, Stauf.

Mitzeichnung

Zur Mitzeichnung tragen Sie sich bitte auf dem folgenden online Formular ein: <https://forms.gle/WEBf7toCUtmof1hc8>

Zum Aufruf in französischer Sprache hier.

Zum Aufruf in italienischer Sprache hier.

Zum Aufruf in englischer Sprache hier.

Fussnoten:

[1] Thomas Fischer, *Die Grenzen der Neutralität: Schweizerisches KSZE-Engagement und gescheiterte UNO-Beitrittspolitik im Kalten Krieg, 1969–1986* (Zürich: Chronos, 2004).

[2] Im März 2022 stiegen die Aktien der deutschen Waffenschmiede Rheinmetall um über 50% und Rüstungsimporte aus den USA nahmen massiv zu. Vgl. German Foreign Policy: Festtage der Rüstungsindustrie I & II; 3. & 24.3.2022.

[3] «The West against the Rest», German Foreign Policy, 24. Juni, 2022.

[4] Sandrine Dixon-Declè et al., *Earth for All: A survival guide for humanity*, (Gabriola: New Society Publishers, 2022).

Quelle: <https://globalbridge.ch/aufruf-von-linken-und-gruenen-ja-zur-schweizer-neutralitaetsinitiative/>

Die Ausgeburten des Krieges im Jahre 2024

Von Hans-Jürgen Geese, JANUAR 14, 2024



Es ist die Aufgabe von Geschichtsschreibung, uns von den Erfahrungen vorhergehender Generationen zu berichten. Wir sollten daher zumindest nicht die eklatantesten Fehler unserer Vorfahren wiederholen. Diese Herausforderung bezieht sich vor allem auf das Gebiet der Kriegsführung, die in unserer Zeit auf der Seite westlicher Zivilisationen leider von Dilettanten betrieben wird, die Kriege provozieren, die sie unmöglich gewinnen können.

Dabei hätten diese Dilettanten nichts weiter zu tun brauchen, als in den Annalen der Franzosen nachzulesen. Denn die Franzosen sind die Champions der Idee, dass man aus einer imaginären Position der Stärke heraus Krieg führen sollte. Ich nenne nur zwei Beispiele:

Am 26. August im Jahre des Herrn 1346 fand die Schlacht bei Crecy statt. Die zahlenmässig weit überlegenen Franzosen, mit der Blüte ihrer Ritterschaft, trafen auf die Armee der Engländer, die vor allem aus Bauern bestand. Wer siegte?

Am 25. Oktober 1415, 69 Jahre später, bewiesen die Franzosen, dass man durchaus den gleichen Fehler wiederholen kann. Ihr Heer, mit der Blüte ihrer Ritterschaft, den Engländern an Zahl weit überlegen, trat gegen einen Gegner an, der vor allem aus Bauern bestand. Die Schlacht von Agincourt gilt als eine der bedeutendsten Schlachten in der Geschichte, sie gilt auch als Zeugnis der grandiosen Dummheit der Spezies Mensch. Denn auch dieses Mal siegten die Engländer. Aus dem gleichen Grund: Die Engländer hatten Langbogenschützen. Die Franzosen nicht. Der Langbogen war die verheerendste Waffe des Mittelalters. Die Pfeile

der Engländer drangen selbst durch die imposant dekorierten Rüstungen der französischen Ritter, deren Hauptsorge in dem Gedanken ihren Ausdruck fand, ob sie sich mit diesem Pöbel auf der Gegenseite überhaupt einlassen sollten. Dabei hätte ein anderer Gedanke sie beschäftigen sollen: Hatten die Ritter ihr Verfallsdatum überschritten? Trotz der wahnsinnig teuren Rüstung. Na?

Die Ausbildung zum Langbogenschützen dauerte Jahre. Der Kraftaufwand der Muskulatur in den Armen war enorm. Um ihre Meisterschaft zu beweisen, mussten diese Männer 10 Pfeile pro Minute auf ein Ziel schießen können. Das Resultat: In dem Pfeilhagel von tausenden von Schützen hatte kein Gegner eine Chance, egal von welchem edlen Geblüt. Natürlich wurden auch viele Pferde getroffen. Die Reichweite der Todesgeschosse lag bei 400 Metern.

Die Lektion der Geschichte an uns alle: Wenn Du Dich auf einen Gegner einlässt, wenn Du die Welt erobern willst oder sonstige Streitigkeiten aller möglichen Art bewältigen musst: Sieh zu, dass Du einen «Langbogen» hast.

Die NATO

Man nennt eine Waffe wie den Langbogen einen «Gamechanger». Google klärt auf: «Der Begriff kann für Menschen, Gegenstände oder Situationen verwendet werden, die grossen Einfluss auf bestimmte Sachlagen haben und eine komplette Veränderung mit sich bringen.»

Ich bin sicher, dass auf allen Militärakademien dieser Welt darüber entsprechend aufgeklärt wird. Daher ist es geradezu atemberaubend, mit welcher Idiotie sich das Führungspersonal der NATO im Jahre 2024 auf Kriege mit Waffen einlässt, die alle von gestern stammen und von einem «Langbogen» mühelos ausgeschaltet werden können. Trotzdem ist man bei der NATO guter Dinge, denn die Jobs in Brüssel werden exzellent bezahlt und das Essen in der Kantine ist hervorragend. Wer wollte das schon gerne aufgeben? Also Augen zu und weitermachen wie bisher. Und da auch die Politiker in den NATO-Mitgliedsländern glauben, was sie gerne glauben möchten, braucht es nicht einmal hoch versierte Propheten, um die Katastrophe vorherzusagen: Die NATO ist erledigt. Die werden keinen Krieg gewinnen. Warum? Weil die bei der NATO eben keinen Langbogen haben.

Wie man sich in so einer Situation auf einen Krieg mit Russland einlassen konnte, das über einen Langbogen verfügt, eigentlich sogar über mehrere Versionen, zeigt nicht nur die Dummheit, sondern auch die Arroganz von Dummheit dieser Typen im Westen auf. Ein Gesindel von Möchtegerngrandiosen, geistig und moralisch total überfordert, aber angeblich irgendwie demokratisch legitimiert und daher siegessicher. Sie führen die Kriege von gestern in unserer Zeit.

Die Russen hingegen haben die Lektionen aus der Geschichte gelernt. Sie sind dem Westen waffentechnisch, strategisch, taktisch und sogar moralisch meilenweit überlegen. Schauen Sie sich die Elite des Westens an: Der halbtote Biden, das Männlein Scholz und der geschniegelte Macron, unterhalten mit Spässen von dem Clown Boris Johnson, der es tatsächlich dazu brachte, den Schauspieler Selensky von seinem Friedenswahn anfall zu heilen, den Krieg weiterzuführen und damit dafür zu sorgen, dass über eine halbe Million junger Ukrainer jetzt in ukrainischer Erde ruhen. Von den russischen Opfern ganz zu schweigen.

Und das Ganze genau wofür? Russland wollte nicht mehr als die Neutralität der Ukraine. Die Russen wollten die NATO nicht direkt vor ihrer Haustür. Genau so wenig wie die Amerikaner die Russen vor ihrer Haustür haben wollen. Ist das schwierig zu verstehen? Aber Sie brauchen diesen bekloppten Grössenwahnsinnigen im Westen nicht mit Logik zu kommen. Die halten sich für Halbgötter, für die andere Regeln gelten. Die reden jetzt in ihrem Delirium von einer Pattsituation in der Ukraine. Dabei hat Russland den Krieg längst gewonnen.

Wie man so bescheuert sein kann, sich auf einen Krieg einzulassen, der laut Warnung von Putin «eine existentielle Bedrohung» für Russland darstellt? Was bedeutet das? Das bedeutet, dass Russland sich niemals ergeben wird, dass Russland diesen Krieg gewinnen muss und gewinnen wird. Notfalls mit Atomwaffen. Die Russen würden lieber sterben als sich diesen Komikern im Westen zu ergeben. Ist das irgendwie schwer zu kapieren?

Die Konsequenz all dieses Schwachsinn: Die Anfang 2022 relativ kleine russische Armee ist jetzt so stark, dass nicht einmal der gesamte NATO-Haufen gegen die gewinnen könnte. Das kommt davon, wenn man einen Gegner provoziert, dem man hoffnungslos unterlegen ist. Und jetzt brüllen diese Politiker, dass Putin nicht einmal an der polnischen Grenze haltmachen könnte. Frage: Warum genau sollte er Polen oder Deutschland erobern wollen? Propaganda. Propaganda! Wer kann solchen Stuss glauben? Aber die glauben das. Deutschland 2024.

Israel

Nach Ausbruch der Feindseligkeiten am 7. Oktober 2023 in Israel flog die deutsche Aussenministerin nach Israel, um die volle deutsche Unterstützung zu bestätigen. Warum? Was haben wir mit Israel zu tun? Keine Ahnung. Und was da genau passiert war wusste die Aussenministerin auch nicht, denn die israelische Regierung hatte die Fakten durch ihre Propagandamühle verwurstelt. Es stellte sich später heraus, dass dies eine militärische Aktion der Hamas Kämpfer war, die sich auf militärische Einrichtungen der israelischen

Armee konzentriert hatte und daher vor allem israelische Soldaten tötete. Viele der Zivilisten wurden im Chaos von der eigenen israelischen Armee getötet. Die üblichen Schauergeschichten erwiesen sich wieder einmal als Lügen. Diese Zusammenhänge blieben allerdings der Bevölkerung und Frau Baerbock erspart. Nun, wer will in einer Demokratie schon die Wahrheit wissen? Da sind die Medien einfach überfordert.

Wie wir wissen sind die Palästinenser «Terroristen». Die israelischen Scharfschützen hingegen, die Nonnen, Krankenschwestern, Kindern und Journalisten direkt zwischen die Augen schießen können, diese Kämpfer für Frieden und Gerechtigkeit, die sind natürlich Helden. Denn sie kämpfen auf unserer Seite.

Kann Israel diesen Krieg gewinnen? Wird Israel diesen Krieg gewinnen? Nein! Und entgegen vorhergehender Aussagen hat das die israelische Regierung inzwischen auch eingesehen. Die Verluste ihrer Armee sind gewaltig. Der Preis für ein weiteres Vorgehen wie bisher ist zu hoch. Und wird das Land vor allem auch finanziell ruinieren. Also hat die israelische Armee Truppen aus Gaza abgezogen und geht jetzt davon aus, dass der Krieg Jahre dauern wird. Dadurch wird der Krieg für Israel «nachhaltig», besser gesagt, die können sich den Krieg leisten. Und wird den Aufschrei in der Welt ob dieses Massenmordes an den Palästinensern dämpfen. Das grosse Anliegen der Amerikaner. Denn ohne amerikanische Hilfe wäre das Land morgen pleite. Israel kann sich nicht selbst erhalten. Die Frage ist nun allerdings: Regiert Amerika Israel oder regiert Israel Amerika?

Die hochgerüstete israelische Armee trifft auf einen Feind, der nicht mit diesen Waffen ausgerüstet ist und daher eine Art zu kämpfen entwickelte, die eher einem Guerillakrieg ähnelt und nur schwer zu neutralisieren ist. Zudem besteht die Gefahr, dass sich dieser Konflikt ausweitete. Israel ist von potentiellen Feinden umzingelt. Mit Kampfflugzeugen, Panzern und Flugzeugträgern, selbst der Weltmacht Amerika, ist da nichts zu machen. Amerika hat nicht einmal mehr die Soldaten, um im Jemen die Huthis auszuschalten, die das Rote Meer kontrollieren.

Frage: Warum ist Israel nicht kompromissbereit und akzeptiert einen Staat für die Palästinenser? So wie bereits von der UNO beschlossen. Vor langer Zeit. Warum sollen die Palästinenser nicht in ihrem eigenen Land leben dürfen wie sie wollen? Die Antwort ist für Deutsche pikant: In Israel haben rechtsradikale Parteien den entscheidenden Einfluss. In Deutschland werden rechtsradikale Parteien als angeblich gefährlich verfolgt. In Israel sitzen die in der Regierung.

Taiwan

Viel Feind, viel Ehr. Vor allem aber viel Geld. Und darum geht es. Der militärisch-industrielle Komplex ist der wichtigste Wirtschaftsbereich in Amerika. Die brauchen Krieg. Unbedingt. Es ist daher keine Überraschung, dass in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika (seit 1776), die dort im Land der Freiheit und Demokratie nicht mehr als 12, bestenfalls 15 Jahre, Frieden hatten. 15 in fast 250 Jahren! Wie würden Sie normalerweise so ein Land nennen? Aber das tun Sie nicht. Denn wir alle wissen, dass Amerika der Hort der Freiheit und des Friedens ist. Und natürlich auch der Hort von Demokratie.

Wenn Sie momentan den U.S.-Nachrichtensendern lauschen, dann fällt Ihnen auf, dass fast jeder dritte Satz (ich übertreibe ein wenig) das Wort «Demokratie» enthält. Die sind geradezu besessen von einem Zustand, der nicht einmal existiert. Wer wollte Amerika heute noch als eine Demokratie bezeichnen? Sie können wählen zwischen Demokraten und Republikanern, die eine Einheitspartei bilden und lediglich Pseudo-geplänkel vorführen, um das Volk einigermaßen noch bei der Stange zu halten. Der Betrug ist aber allzu offensichtlich geworden. Daher der inflationäre Gebrauch des Wortes «Demokratie».

Diese Demokratie existiert angeblich auch in Taiwan. Importiert aus Amerika. Chinesen als Demokraten? Wer hätte das gedacht? Und diese Demokratie in Taiwan sei angeblich bedroht von China. Das wird in Amerika gebetsmühlenartig heruntergeleiert. Denn China ist unser Feind. Wie Russland. Und wir brauchen Feinde. Viele Feinde. Warum? Weil das gut ist fürs Geschäft. Ohne Feinde keine Waffen. Und wer produziert die meisten von all diesen tollen Waffen? Genau. Und daher kann und darf es keinen Frieden geben. Unter gar keinen Umständen.

Sie müssen noch wissen, dass es in jedem (in jedem) der 50 US-Bundesstaaten eine wesentliche Produktionsstätte des militärisch-industriellen Komplexes gibt. Das sind wichtige Arbeitsplätze. Und jeder der Politiker, die diese 50 Bundesstaaten vertreten, wird von diesen Produzenten des Todes finanziert. Es gibt nur noch eine andere Lobby, die der Lobby des militärisch-industriellen Komplexes überlegen ist. Das ist die Lobby Israels: AIPAC (American Israel Public Affairs Committee). Kaum ein Politiker in Washington erhebt sich gegen den militärisch industriellen Komplex oder gegen Israel. Die Politiker sind (fast) alle gekauft.

Die Chinesen bemühen sich, ähnlich starken Einfluss zu haben. Aber sie sind eben als Feind besser geeignet. Irgend jemand muss schliesslich Feind spielen. Stellen Sie sich vor, die Russen fielen als «Feind» aus. Das kann einfach nicht sein. Die müssen mitspielen. Sie müssen. Und Putin versteht das. Auch die Chinesen. Taiwan, das sogenannte Problem Taiwan, wird sich von selbst erledigen. Es ist quasi bereits Teil von China, die Industrie ist in die chinesische Industrie integriert. Warum sollte China Taiwan zerstören? Wir im Westen gehen davon aus, dass alle Völker auf Erden wie wir ticken. Grosser Fehler. Wir sind Spezialisten im Zerstören. Um dann wieder aufzubauen. Die Chinesen sehen das anders.

Der wichtigste Krieg unserer Zeit

Der wichtigste Krieg in unserer Zeit ist der Krieg gegen das eigene Volk, symbolisiert in der Aufrüstung der Polizei in der westlichen Welt. Die Polizei ähnelt mehr und mehr einer Armee, was sie eben vor allem auch an der hochtechnischen Ausrüstung erkennen können. Der Witz: Kriminalität weiter steigend!

Merke: Unsere Regierung braucht auch einen internen Feind. Dieser Feind ist der Terrorist. Wer nun mit diesem Prädikat «Terrorist» ausgezeichnet werden darf entscheidet einzig und allein die demokratische Regierung. Es wird Sie nicht überraschen, dass diese Kategorie auf jeden Fall schon einmal alle einschliesst, die gegen die Regierung sind. Opposition ist nämlich leider nicht erwünscht.

Selbst ein Präsident, wie Trump in den USA, ist da nicht mehr ausgeschlossen. Trump ein Terrorist? Im Kommunismus? Nein, das Ding nennt sich Demokratie, ist aber natürlich in Wirklichkeit eine Art Oligarchie, ein System, in dem einige wenige die Macht übernommen haben. Die Regierung ist dabei nicht mehr als ein Helfershelfer jener Typen. Man sollte daher die Politiker vielmehr «Aktivisten» nennen, Demokraten, die sich für bestimmte Agenden einsetzen, die von allen möglichen Leuten vorangetrieben werden. Aber in keinem Fall vom Volk.

Wie sonst ist es möglich, dass Millionen von Fremden ins Land gelassen werden, die in dem Land aber auch wirklich gar nichts zu suchen haben? Wie sonst ist es möglich, dass Armut in den Ländern der westlichen Welt grassiert, obwohl die Gesellschaft insgesamt im Überfluss lebt? Wie sonst ist es möglich, dass eine Energiepolitik betrieben wird mit dem Ziel, eine Energieknappheit mit einer verheerenden Preiserhöhung zu erreichen? Zum Nutzen von wem? Wie sonst ist es möglich, von einer Klimakatastrophe zu schwadronieren, wenn nichts wirklich praktisch Relevantes getan wird, um diese Katastrophe abzuwenden? Zum Nutzen von wem? Ganz zu schweigen von der demokratischen Coviddiktatur. Das Volk befragen? Sind Sie verrückt! Wir haben doch eine Regierung, die mit Experten aller möglichen Firmen schon das Richtige tun wird. Demokratie!

Der Terrorist ist der Staat

Neben dem demokratischen Terrorismus des Staates, durch die Macht von angeblichen Gesetzen, äussert sich der Staatsterrorismus vor allem beim Geld. Beispiel: Die USA haben mittlerweile Schulden von über 34 Billionen Dollar. (34'000 Milliarden) In diesem Jahr wird, zum ersten Mal in deren Geschichte, der höchste Ausgabenposten nicht das Militär sein, was eigentlich unglaublich scheint, sondern die Zinsausgaben für die Schulden. Die Bürger der USA zahlen eine Billion Dollar an Zinsen und erhalten als Gegenleistung genau was? Nichts! Nichts? Ja, nichts. Das Geld fliesst in die Taschen von Reichen. Das Volk? Pustekuchen. Mein Gott, was hätte man mit einer Billion alles an Gutem machen können!!! Eine Billion!!!

(Anmerkung der Redaktion: Eine Billion sind 1000 Milliarden oder etwa 3000 \$ pro US-Bürger! Der Schuldenstand der USA von 34 Billionen bedeutet etwa 100'000 \$ Schulden pro US-Bürger.)

Mehr zu diesem Thema finden Sie hier:

<https://www.anderweltonline.com/wirtschaft/wirtschaft-2013/die-verschwiegenen-ursachen-der-jahrhundertkrise/>

Hier in Neuseeland hat die neue Regierung inzwischen festgestellt, dass das Covidspektakel 18 Milliarden Dollar gekostet hat, eine gigantische Summe für dieses kleine Land. Was haben die Bürger dafür bekommen? Schulden & Zinsen. Nichts, was irgend etwas mit Investition und Nutzen für das Land zu tun hat.

Es gibt in Neuseeland eine Nordinsel und eine Südinsel. Der Grossteil von Güter- und Personenverkehr von einer Insel zur anderen erfolgt über Fähren, die leider notorisch an Problemen leiden, denn Neuseeland ist ein Land, in dem Qualität nicht den gleichen Rang hat wie dereinst zum Beispiel in Deutschland. Die Fähren fallen dauernd aus. Um das Problem ein für allemal zu lösen sind etwa 2 Milliarden Dollar nötig. Aber die Regierung sagt: Haben wir nicht. Für Covid waren 18 Milliarden da. Kein Problem. Aber Fähren? Nun, Neuseeland hat sogar die Ukraine unterstützt. Für Krieg ist immer Geld da in einer Demokratie.

Sie müssen unbedingt verstehen: Die Regierung repräsentiert die Vertretung von bestimmten Interessen. Die Regierung vertritt nicht die Interessen der Bürger. Vor allem nicht in einer Demokratie in unserer Zeit. Sonst wäre auf Erden längst das Paradies ausgebrochen. Die Regierung ist Ihr Feind. Die Regierung führt Krieg gegen das eigene Volk. Nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.

Demokratie heute ist Krieg gegen das Volk

Solange das Volk nicht erkennt, dass diese sogenannte Demokratie ein riesiger Betrug ist, so lange wird sich nichts ändern. Die Illusion von der heiligen Demokratie ist so tief in deren Hirn eingepflanzt, da ist kaum Hoffnung auf Heilung, auf Heilung von der Krankheit Demokratie und Besinnung auf Selbstverantwortung und Verantwortung für den Nächsten zu erwarten, in einer Gesellschaft, die jeden so behandeln sollte, wie auch er oder sie behandelt werden möchte. Ohne einander auszubeuten.

Eine bessere Welt brauchen wir, vor allem ohne Politiker, die von Frieden schwafeln, aber vom Krieg profitieren und daher ein Interesse daran haben, dass Krieg immer neue Ausgeburten gebärt, dass Krieg ohne Ende die Welt zerstört, auf dass von dem Elend und Leid die wahren Herrscher dieser Welt herrlich profitie-

ren können. Wenn Demokratien Kriege führen, Kriege ohne Ende, dann muss da doch wohl irgend etwas mit der Demokratie nicht in Ordnung sein.

Der neue Lieblingsfeind, der Bürger als Terrorist, verfolgt von der eigenen Regierung, signalisiert das Endstadium einer total verkommenen Gesellschaft, die selbst das ursprünglich die Bürger schützende Recht missbraucht, um Recht in Unrecht zu verwandeln und damit die Verfolgung der Bürger zu rechtfertigen. Der Rechtsstaat hat abgedankt.

Die Ausgeburten des Krieges in unserer Zeit sollten doch wohl jedem die Augen öffnen, der noch einen Restbestand von Integrität und wahrer Würde sein Eigen nennt. Wir brauchen unbedingt eine Welt ohne Krieg. Wir brauchen Frieden.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20241/die-ausgeburten-des-krieges-im-jahre-2024/>

Andreas Rüesch von der NZZ hätte einen Award verdient: Bester Kriegstreiber und schärfster Russenhasser

Von: Christian Müller, 13. Januar 2024

«Hinter den Kulissen der Kriegsberichterstattung», so hiess eine NZZ-Aktionärsveranstaltung am 29. Juni 2022 (Screenshot aus dem danach veröffentlichten Video)



Die «Neue Zürcher Zeitung» NZZ, ehemals das sogenannte Intelligenzblatt der Schweiz, die auch schon mal versuchte, in Österreich Fuss zu fassen, allerdings ohne Erfolg, und jetzt äusserst aktiv in Deutschland auf dem Vormarsch ist – gemäss Impressum beschäftigt sie allein in der Berliner Redaktion zehn Leute –, gehört im deutschsprachigen Medien-Eintopf zu jenen Blättern, die sich am konsequentesten für eine militärische Lösung in der Ukraine aussprechen – natürlich mit einem Sieg der Ukraine über Russland. Seit Monaten gibt es kaum eine NZZ-Ausgabe, in der nicht politisch, militärisch, kulturell oder wie auch immer Russland kritisiert – oder genauer: In den Dreck gezogen wird. Und neben Chefredakteur Eric Guyer ist es vor allem der Ausland-Experte der Redaktion Andreas Rüesch, der alles tut, um die Politiker zu mehr und zu schnelleren Waffenlieferungen an die Ukraine zu motivieren. In der NZZ-Ausgabe vom Freitag, 12. Januar 2024, schreibt er nun, sich anbietend nicht im Ausland-Teil, in dessen Redaktionsressort er Vize-Chef und für Russland zuständig ist, sondern in der Rubrik «Meinung & Debatte», es sei der Fehler des Westens, sich gegen Russland nicht rechtzeitig stärker aufgerüstet zu haben, um genügend Abschreckung zu erreichen. Wörtlich, die paar letzten Zeilen seines ganzseitigen Artikels: «Obwohl Russland wirtschaftlich vergleichsweise ein Zwerg ist, untergräbt es die Sicherheit des ganzen Kontinents. Seine ökonomische Schwäche macht Putin mit grösserer Entschlossenheit und krimineller Energie wett. Systematisch plant er für einen langen Krieg. Der Westen dagegen hat die Zeitenwende verschlafen, verwehrt der Ukraine wichtige Waffensysteme, duldet die Umgehung der Russland-Sanktionen und begnügt sich in Europa mit Armeen, denen die Munition nach wenigen Wochen Krieg ausginge.

Unterschätzt werden noch immer die Folgen eines Zusammenbruchs der Ukraine – riesige Flüchtlingsströme, ein Vorrücken russischer Truppen nach Mitteleuropa und ein Signal an die ganze Welt, wie wertlos westliche Hilfsversprechen sind. Selbst ein sofortiger Waffenstillstand brächte keine Abhilfe, denn Putin würde ihn nutzen, um seine geschwächte Armee zielstrebig auszubauen. In einigen Jahren wäre Russland dann bereit, auch NATO-Gebiete wie das Baltikum zu bedrohen.

Ein lange Zeit verschmähtes Wort muss daher wieder salonfähig werden: Abschreckung. Amerika und Europa können den Frieden nur sichern, wenn sie Regelbrecher wie Moskau und Peking vor Angriffen zurückschrecken lassen. Das wird teuer werden, nachdem man die nötigen Investitionen in Verteidigung und

Rüstung zu lange hinausgeschoben hat. Der am wenigsten schmerzhafteste Weg führt weiterhin über die Ukraine: Je schneller und umfassender dieses Land die nötige Hilfe gegen Russland erhält, desto eher lässt sich das Kalkül des Kremls durchkreuzen.»

Was Andreas Rüesch alles verschweigt

Anlässlich des Zusammenbruchs der Sowjetunion um 1990 hat Moskau freiwillig die Wiedervereinigung Deutschlands erlaubt und hat alle militärischen Anlagen in der ehemaligen DDR bis 1995 abgebaut und die Truppen abgezogen, während die USA in Deutschland ihre Militärbasen aufrechterhalten und sogar Atombomben abschussbereit – nicht nur in Deutschland, auch in Italien – bis und mit heute gelagert hält. Der Warschauer Pakt, der als Reaktion auf den Beitritt Deutschlands zur NATO 1955 geschaffen wurde, wurde 1991 freiwillig geschlossen, während die NATO, trotz Wegfalls ihres Feindes Sowjetunion, nicht nur erhalten blieb, sondern sich sogar – entgegen den abgegebenen Versprechen, sich um keinen Meter Richtung Osten zu erweitern – ab 1999 um 14 Länder nach Osten erweitert hat.

Und auch das verschweigt Andreas Rüesch

- Die USA haben sich, man weiss es dank einem abgehörten Telefon der US-amerikanischen Ukraine-Verantwortlichen Victoria «Fuck EU» Nuland, schon vor dem Putsch auf dem Kiewer Maidan mit einem Einsatz von über fünf Milliarden US-Dollar in die ukrainische Politik eingemischt.
- Die USA haben 2013/14 auf dem Maidan intensiv Einfluss genommen, inkl. einem persönlichen Auftritt des damals prominentesten US-Senators McCain auf der Maidan-Rednerbühne.
- Die USA haben nach dem Putsch auf dem Maidan mit der Vertreibung des demokratisch gewählten Präsidenten Wiktor Janukowytsch de facto entschieden, wie die neue Regierung zusammengesetzt wurde (inkl. vier Mitglieder der Neonazi-Partei Swoboda).
- Die USA haben anschliessend im grossen Stil mitgeholfen, die ukrainische Armee auszurüsten und die Truppen zu schulen, wie US-Generäle es heute nicht nur bestätigen, sondern sogar stolz darauf sind.
- Die von den USA gesteuerte NATO ist schon lange vor 2014 mit der Ukraine eine «Partnerschaft» eingegangen. Die Ukraine wurde von der NATO in Dutzenden von speziellen Programmen unterstützt (im Detail hier nachzulesen). Es ging immer um die sogenannte «interoperability», die NATO-Armee und die Armee der Ukraine für engste Zusammenarbeit im Kriegsfall «kompatibel» zu machen. So etwa wurden die Hierarchiestufen in der ukrainischen Armee den NATO-Hierarchiestufen angeglichen und die ukrainischen Offiziere mussten Englisch lernen, um die NATO-Befehle zu verstehen.
- In Polen und in Rumänien wurden Raketen-Abschuss-Basen erstellt, die dazu dienen können, Russland mit nuklear-geladenen Raketen zu beschliessen.
- Immer mehr gigantische NATO-Manöver mit Tausenden von aus den USA eingeflogenen Soldaten wurden im Norden wie im Süden gezielt an der russischen Grenze durchgeführt.
- Wie jetzt in der Ukraine immer konkreter sichtbar wird, wurden im Südosten der Ukraine an der Grenze zu den sich unabhängig erklärten Regionen von Donezk und Lugansk immense militärische Installationen erstellt.
- Die seit 2014 erfolgten Bombardierungen der russlandfreundlichen Regionen Donezk und Lugansk durch die ukrainische Armee wurden 2021 immer massiver.
- Die aufgrund all dieser Entwicklungen von Russland im Dezember 2021 verlangten Sicherheitsgarantien wurden von den USA und von der NATO pauschal verweigert!

Und was hat, auf der anderen Seite, Russland «Böses» gegen den Westen getan? Putin hat in seiner Rede an der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 gesagt, dass er eine Weltordnung, in der die USA die Alleinherrschaft beanspruche, nicht akzeptiere. Darüber haben die damaligen deutschen Medien-Magnaten, allen voran der damalige «Zeit»-Herausgeber Josef Joffe, an der Sicherheitskonferenz nur gegrinst und anschliessend medial Russland zum Feind erklärt.

Um es in den Worten von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu sagen: Die NATO hat bis am 24. Februar 2022 Russland zwar noch nicht mit traditionellen Waffen angegriffen, aber mit mehreren schwerwiegenden Massnahmen massiv provoziert und bedroht: Sie hat genau die Situation geschaffen, bei der die NATO – im umgekehrten Fall – gemäss den künftigen NATO-Statuten berechtigt sein will, schon präventiv anzugreifen! Die NATO will das Recht haben, so Stoltenberg, selber zu entscheiden, wann sie selber angreifen darf. (Minute 27: «Wir werden unseren Feinden nie bekanntgeben, wann wir Artikel 5 «aktivieren».)» Aber Achtung: Gemäss Andreas Rüesch von der NZZ ist der Fehler des Westens, dass er nicht deutlich mehr in die Aufrüstung investiert und keine stärkere militärische Abschreckung aufgebaut hat. Die ganze Vorgeschichte des 24. Februar 2022 wischt er einfach unter den Teppich.

Das ist das journalistische Niveau der heutigen NZZ. Andreas Rüesch hätte den Award verdient, der journalistisch extremste Kriegstreiber und der journalistisch entschiedenste Russenhasser zu sein, so es denn diesen Award schon gäbe.

Wo sind die NZZ-Aktionäre, die sich gegen diese abscheuliche Entwicklung ihres Blattes in der geopolitischen Thematik zu wehren beginnen? Wenn sie die nächste Aktionärsversammlung im April 2024 vorübergehen lassen, ohne diese höchst gefährliche Entwicklung ihres Blattes zum Thema zu machen, verdienen auch sie nur noch Verachtung.

Zum Artikel von Andreas Rüesch in voller Länge hier.

Quelle: <https://globalbridge.ch/andreas-rueesch-von-der-nzz-haette-einen-award-verdient-bester-kriegstreiber-und-schaerfster-russenhasser/>

«Wir machen die Regeln, wir brechen die Regeln»

Norman Solomon

Haben Sie schon gehört, dass die US-Regierung eine «regelbasierte internationale Ordnung» anstrebt?

Es ist geradezu lächerlich, aber die Medien der Nation nehmen solche Behauptungen routinemässig ernst und glauben sie. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Herrscher in Washington nur ungern in den Krieg ziehen und dies nur als letztes Mittel tun.

Der Rahmen war typisch, als die «New York Times» diesen Satz ganz oben auf der Titelseite druckte: «Die Vereinigten Staaten und eine Handvoll ihrer Alliierten führten am Donnerstag Militärschläge gegen mehr als ein Dutzend Ziele im Jemen durch, die von der vom Iran unterstützten Huthi-Miliz kontrolliert werden, sagten US-Sprecher, in einer Ausweitung des Krieges im Nahen Osten, die die Regierung Biden drei Monate lang zu vermeiden versucht hatte.»

In der Berichterstattung wurde der von den USA geführte Angriff von Anfang an als zurückhaltende Aktion dargestellt – nachdem alle friedlichen Optionen fehlgeschlagen waren – und nicht als aggressiver Akt, der gegen das Internationale Recht verstösst.

Am Donnerstag gab Präsident Biden eine Erklärung ab, die rechtschaffen genug klang: «Diese Angriffe sind eine direkte Reaktion auf die beispiellosen Angriffe der Huthi auf internationale Seeschiffe im Roten Meer.» Er erwähnte nicht, dass die Angriffe der Huthi eine Reaktion auf Israels mörderische Belagerung des Gazastreifens waren. In den Worten von CNN: «Sie könnten darauf abzielen, Israels Verbündeten wirtschaftlichen Schmerz zuzufügen, in der Hoffnung, dass sie Israel unter Druck setzen, seine Bombardierung der Enklave einzustellen.»

Wie Common Dreams berichtet, haben die Huthi-Truppen als Reaktion auf Israels Angriff auf den Gazastreifen damit begonnen, Raketen und Drohnen auf Israel abzufeuern und den Schiffsverkehr im Roten Meer anzugreifen. Und wie Trita Parsi vom Quincy Institute feststellte, «haben die Houthis erklärt, dass sie die Angriffe auf Schiffe im Roten Meer einstellen werden, wenn Israel sein Massentöten in Gaza beendet». Aber das würde echte Diplomatie erfordern – nicht die Art von Lösung, die Präsident Biden oder Aussenminister Antony Blinken gefallen würde. Das Duo ist seit Jahrzehnten ineinander verstrickt, wobei die hochtrabende Rhetorik das stillschweigende Prinzip verdeckt, dass Macht Recht schafft. (Dieser Ansatz war bereits Mitte 2002 implizit, als der damalige Senator Biden den Vorsitz bei den Anhörungen des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats führte, die für die Unterstützung der USA bei der Invasion des Irak warben; zu dieser Zeit war Blinken der Stabschef des Ausschusses).

Jetzt, an der Spitze des Aussenministeriums, wirbt Blinken gerne für eine «regelbasierte internationale Ordnung». Während einer Rede in Washington im Jahr 2022 verkündete er die Notwendigkeit, «die Beziehungen zwischen den Staaten zu regeln, Konflikte zu verhindern und die Rechte aller Menschen zu wahren». Vor zwei Monaten erklärte er, dass sich die G7-Staaten für eine «regelbasierte internationale Ordnung» einsetzen würden.

Doch seit mehr als drei Monaten unterstützt Blinken mit seiner oberflächlichen Rhetorik die methodische Tötung palästinensischer Zivilisten in Gaza. Vor einigen Tagen verteidigte er auf einem Podium in der US-Botschaft in Israel dieses Land trotz zahlreicher Beweise für einen völkermörderischen Krieg und behauptete, dass «der Vorwurf des Völkermords unbegründet ist».

Die Huthis sind erklärtermassen mit dem palästinensischen Volk solidarisch, während die US-Regierung weiterhin das israelische Militär massiv aufrüstet, das Zivilisten massakriert und den Gazastreifen systematisch zerstört. Blinken ist so sehr in die Orwellschen Botschaften eingetaucht, dass er – mehrere Wochen nach dem Gemetzel – twitterte, die Vereinigten Staaten und ihre G7-Partner seien sich einig in der Verurteilung von Russlands Krieg in der Ukraine, in der Unterstützung von Israels Recht, sich im Einklang mit dem Völkerrecht zu verteidigen, und in der Aufrechterhaltung einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung.

Es ist nichts Ungewöhnliches, dass die Leute, die die US-Aussenpolitik leiten, der Öffentlichkeit ein extremes Doppeldenken unterschieben. Was sie begehen, passt gut zu der Beschreibung des Doppeldenkens in

George Orwells Roman 1984: «Wissen und nicht wissen, sich der völligen Wahrhaftigkeit bewusst sein und gleichzeitig sorgfältig konstruierte Lügen erzählen, gleichzeitig zwei Meinungen vertreten, die sich gegenseitig aufheben, wissen, dass sie widersprüchlich sind, und an beide glauben, die Logik gegen die Logik einsetzen, die Moral ablehnen und gleichzeitig Anspruch auf sie erheben ...»

Nach Bekanntwerden des Angriffs auf den Jemen sprachen sich mehrere Demokraten und Republikaner im Repräsentantenhaus schnell gegen Bidens Umgehung des Kongresses und die eklatante Verletzung der Verfassung aus, indem er auf eigenen Wunsch in den Krieg zog. Einige der Kommentare waren lobenswert klar, aber vielleicht keiner so deutlich wie eine Aussage des Kandidaten Joe Biden am 6. Januar 2020: «Ein Präsident sollte diese Nation niemals ohne die informierte Zustimmung des amerikanischen Volkes in den Krieg führen.»

Wie diese Wegwerfphrase ist auch der ganze Orwellsche Unsinn, der von der Spitze des US-Regimes über das Streben nach einer «regelbasierten internationalen Ordnung» kommt, nichts anderes als ein dreister PR-Betrug.

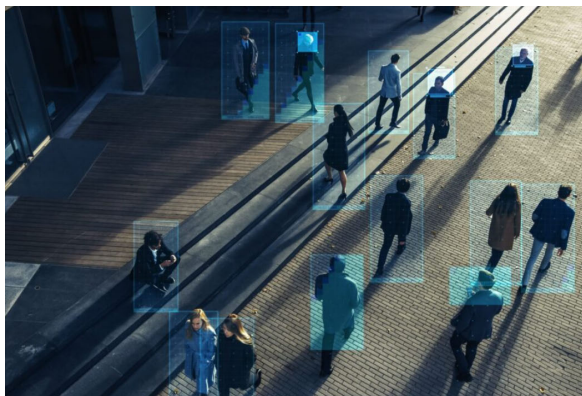
Die vielen offiziellen Vernebelungsaktionen können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika der mächtigste und gefährlichste Staat der Welt sind.

erschienen am 12. Januar 2024 auf> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2024_01_13_wirmachen.htm

Massenüberwachung der Bürger: Kann man diesem Staat noch trauen?

Anian Liebrand, Publizist VERÖFFENTLICHT AM 12. JANUAR 2024



Seit das linke Online-Magazin «Republik» im Januar 2018 mit viel Pathos und Selbstüberhöhung an den Start gegangen ist, verblieb dessen Leistungsausweis bis anhin – sagen wir mal – «mit Luft nach oben». Grosse Geschichten und Primeurs blieben Mangelware, ausserhalb der eigenen Blase wurden die Erzeugnisse dieses linken Prestigeprojekts höchst selten wahrgenommen.

Eine am 9. Januar 2024 publizierte Reportage bildet dabei eine löbliche Ausnahme. Akribisch und mit Bezugnahme auf offizielle Dokumente fördert sie wahrlich Brisantes zutage:

- Seit Inkrafttreten des revidierten Nachrichtendienstgesetzes 2016 wird der Internetverkehr von Menschen in der Schweiz massenhaft mitgelesen. In gerichtlichen Dokumenten räumt das Verteidigungsdepartement ein, dass die «inländische» Kommunikation inhaltlich gelesen und ausgewertet werde. Und: Sämtliche Daten werden für spätere Auftragssuchen gespeichert. Das ist nichts anderes als systematische Massenüberwachung der Schweizer Bevölkerung!
- Journalisten können wegen der angewandten Kabelauflösung den Quellenschutz technisch genauso wenig gewährleisten wie Anwälte das Anwaltsgeheimnis. Deren Kommunikation kann unter Umständen an den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) weitergeleitet werden.

NDB will mehr Kompetenzen

Mit dem Bewusstsein, wonach in jedem Geheimdienst, in jedem Nachrichtendienst stets die Meinung vertreten wird, über zu wenig Kompetenzen zu verfügen (selbst wenn man ihn zusehends mit mehr Machtfülle ausstattet), reagierte man hierzulande nach der Aufdeckung des Fichen-Skandals Ende der 1980er-Jahre in der Regel kühl und abgeklärt, wenn der NDB mal wieder zu wenig Mittel beklagte. Es war «Common Sense», dass man in der Schweiz keinen allzu mächtigen Geheimdienst wollte, der nach immer neuen Betätigungsfeldern giert und auch vor politischer Gesinnungsschnüffelei nicht Halt macht. Im Zuge aufkommender Bedrohungen wie dem muslimischen Dschihadismus änderte sich – teilweise auch zu Recht – die Betrachtungsweise. Es bleibt bis heute eine Gratwanderung, das richtige Verhältnis von Freiheit und Sicherheit zu wahren.

Im September 2016 stimmten die Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger über das revidierte Nachrichtendienstgesetz ab. Nachdem in den Jahren zuvor eine Allianz aus SVP und Linken einen Ausbau der NDB-Kompetenzen konsequent zurückgewiesen hat, wurde die Gesetzesrevision mit der Begründung vorangetrieben, dass man dringend mehr Möglichkeiten brauche, um gegen Terroristen vorzugehen. Die Befürworter erklärten, vor einem «Schnüffelstaat» und einer «Fichenaffäre 2.0» brauche niemand Angst zu haben, es gehe ausschliesslich um zielgerichtetes Bekämpfen von Gefährdern, meist Islamisten. Dass man gleichzeitig die wirksamsten Terrorabwehr-Massnahmen nicht umgesetzt hat (härtere Einwanderungsgesetze, gezielte Ausschaffungen, Moscheen-Finanzierung aus dem Ausland strikte reglementieren etc.), sei hierbei nur am Rande erwähnt. So oder so: Mit der Fokussierung auf Terrorbekämpfung und dem Versprechen, dass es keine Massenüberwachung geben werde, hatte man die Bürgerlichen als Unterstützer im Boot. Und letztlich war auch die Stimmbevölkerung überzeugt: Das NDG wurde mit 65,5 Prozent Ja-Stimmen klar angenommen.

Umstrittene Kabelauflklärung

Eine der gewichtigsten Änderungen der Gesetzesrevision betraf die sog. Kabelauflklärung. Durch sie erhält der Nachrichtendienst die Möglichkeit, die Kommunikation über Glasfaserkabel und Satellit zu überwachen. Damit lässt sich sämtliche Kommunikation (die nicht speziell verschlüsselt ist) über Internet-Kabelnetze standardmässig nach bestimmten Suchbegriffen durchsuchen. Zum angezapften internationalen Datenverkehr gehören E-Mails, WhatsApp-Nachrichten, Video-Konferenzen oder Suchmaschinen-Abfragen. Nach welchen Begriffen genau gefiltert wird, weiss man nicht so genau. Es könnten aber zum Beispiel Angaben zu Personen oder zu Technologien sein. Wird ein Begriff gefunden, wird die entsprechende Nachricht an das «Zentrum elektronische Operationen» des Verteidigungsdepartements (ZEO) weitergeleitet. Das in der Berner Gemeinde Zimmerwald beheimatete ZEO leitet die Kommunikationsdaten je nach Ergebnis an den NDB weiter.

Vor dem Missbrauch dieser Kabelauflklärung haben Kritiker im Abstimmungskampf vehement gewarnt. Wie die «Republik» schreibt, wehrte sich der Verein Digitale Gesellschaft zusammen mit Anwälten und Journalisten auch nach Inkrafttreten des NDG am 1. September 2017 auf juristischem Weg gegen die Kabelauflklärung. Sie sahen ihr Berufsgeheimnis und den Quellenschutz gefährdet, wenn ihre Internet-Kommunikation angezapft werden dürfe. Die Kritiker glaubten den Versprechen von Politik und Nachrichtendienst nicht, obwohl diese hoch und heilig versichert haben, mit der Kabelauflklärung würden keine Schweizer Bürger überwacht – weder im Inland noch im Ausland.

Staat verspielt Vertrauen

Nun zeigt sich, dass die Warner Recht hatten und der Bundesrat – einmal mehr – der Falschaussage überführt wurde. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat dürfte nach den Tiefpunkten der staatlichen Coronapolitik weiteren Schaden nehmen. Was kann man als Staatsbürger und Steuerzahler von seiner Regierung noch erwarten, wenn diese ihn dauernd falsch informiert (um nicht vom Begriff der Lüge zu sprechen) – und das Fehlverhalten in den seltensten Fällen zu Konsequenzen führt?

Für mich, der zum revidierten Nachrichtendienstgesetz – hauptsächlich wegen eines «unguten Bauchgefühls» – damals schon Nein gestimmt hat, ist die jüngste Enthüllung keine Genugtuung. Vielmehr bereitet mir Sorgen, dass es die grosse Masse mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht weiter jucken wird, dass sie vom Bund auf Schritt und Tritt überwacht wird – obwohl dieser zuvor noch das Gegenteil behauptet hat. Die Vergangenheit hat schliesslich bewiesen, dass ein Grossteil der Gesellschaft kein Problem damit hat, sowohl dem Staat als auch grossen Konzernen völlig nackt oder gläsern gegenüberzustehen. Ein Umdenken des Einzelnen dürfte wohl erst einkehren, wenn er oder sie aufgrund einer Verwechslung oder dummer Zufälle ungerechtfertigt unter Verdacht gerät. Hierzu sei der zeitlose Streifen «Staatsfeind Nr. 1» mit dem berühmten Schauspieler Will Smith empfohlen. Wer staatliche Massenüberwachung nach diesem Film noch bedenkenlos abnickt, dem ist nicht mehr zu helfen.

Privatsphäre schützen

Dem mutigen Einsatz des Whistleblowers Edward Snowden war es zu verdanken, dass die Welt ab 2013 erfuhr, dass die weltweite Online-Kommunikation seit Jahren schon systematisch von US-Geheimdiensten abgehört worden ist. Danach gab es zwar ein paar Proteste – im Grossen und Ganzen hatten die unter beträchtlichen persönlichen Opfern erbrachten Enthüllungen Snowdens aber wenig Auswirkungen. Schnell zog wieder der «Courant normal» ein – und heute dürften die Geheimdienste munter weiter alles überwachen, wie wenn nichts gewesen wäre. Der Durchschnittsbürger nimmt achselzuckend hin, dass Regierungsstellen ungefragt und meist ohne Anfangsverdacht in intimste Bereiche seines Lebens eindringen. Man hat ja «nichts zu verbergen»... Ich kann diese Floskel längst nicht mehr hören und mache mir jeweils einen Spass daraus, in die verdutzten Gesichter zu blicken, nachdem ich entgegnet habe: «Wer in seinem Leben nichts zu verbergen hat, muss ein enorm langweiliger Mensch sein.»

Ganz ohne Folgen sind die offenbarten Übergrifflichkeiten durch Grosskonzerne und Staatsstellen glücklicherweise nicht geblieben. In den letzten Jahren entstanden zahlreiche Dienste, mit denen man auf unkompliziertem Weg verschlüsselt – und somit weitgehend überwachungsfrei – kommunizieren kann. Schweizer Unternehmen mischen in diesem Metier im übrigen ganz vorne mit. Mit der Schweizer WhatsApp-App-Alternative Threema lässt sich mit integrierter «Ende-zu-Ende-Verschlüsselung» absolut sicher kommunizieren. Ein führender Dienstleister, der sicheren und verschlüsselten E-Mailverkehr gewährleistet, ist Protonmail mit Sitz in der Schweiz.

Wenn der Staat uns im Internetverkehr permanent über die Schulter schauen will, liegt es an uns, die passenden Antworten zu finden. Zum Glück ist dies heute in der Schweiz für jeden möglich, dem seine Privatsphäre noch etwas wert ist.

Quelle: <https://schweizerzeit.ch/massenueberwachung-der-buerger-kann-man-diesem-staat-noch-trauen/>

Leihmutterschaft global verbieten?

Veröffentlicht am 12. Januar 2024 von KD

Dafür sprach sich Papst Franziskus aus. Ebenso eine durch Leihmutterschaft geborene US-Amerikanerin. Die 32-jährige Olivia Maurel bezeichnete die Praxis als «grausam» und «monströs». Sie leidet an Depressionen, war alkoholsüchtig und wollte sich mehrmals das Leben nehmen. «Keinem Kind soll jemals wieder das passieren, was mir passiert ist», sagte sie. (Mit Video)



Die Leihmutterschaft wird immer beliebter. Es geht dabei auch um viel Geld. Laut Global Market Insights war der globale Leihmutterschafts-Markt im Jahr 2022 etwa 14 Milliarden Dollar wert. Für das Jahr 2032 wird ein Wert von 129 Milliarden Dollar prognostiziert. 61 Milliarden davon sollen auf den europäischen Markt fallen.

Dabei ist die Leihmutterschaft in den meisten europäischen Ländern verboten. In Grossbritannien, Dänemark, Portugal, den Niederlanden und der Tschechischen Republik ist nur eine nicht kommerzielle Leihmutterschaft erlaubt, in der Ukraine, Russland und Weissrussland ist sie hingegen vollständig legal.

Hinter der Leihmutterschaft steht ein Kinderwunsch, den die Frau nicht auf natürliche Weise erfüllen kann oder will. Das Wohl des Kindes gerät bei dieser Praxis allerdings in den Hintergrund. So gibt es Forderungen, die Leihmutterschaft global zu verbieten.

Genau dafür plädierte Papst Franziskus am Montag. Er nannte die Leihmutterschaft eine «verabscheuungswürdige» Praxis, als er die «Kommerzialisierung» der Schwangerschaft in seine jährliche Rede einbezog. Wie die Presseagentur AP berichtete, ist die Leihmutterschaft für den Papst eine Bedrohung für den globalen Frieden und die Menschenwürde.

An vorderster Front gegen die Leihmutterschaft kämpft auch die US-Amerikanerin Olivia Maurel. Die 32-Jährige wurde selbst durch diese Praxis geboren, die sie als «grausam» und «monströs» bezeichnet. Sie habe schon immer gewusst, dass mit ihrer Familie etwas nicht stimme. Sie leide an Depressionen, hätte Probleme mit Alkoholumismus gehabt und habe mehrmals versucht, sich das Leben zu nehmen.

Erst vor kurzem hat Maurel durch einen DNA-Test von ihrer biologischen Herkunft erfahren. Maurel will ihre Stimme nun für diejenigen erheben, die keine haben: Die Kinder, die man oft als Handelsware betrachtete. «Keinem Kind soll jemals wieder das passieren, was mir passiert ist», sagte sie.

Maurel teilte ihre Erfahrungen bei einer internationalen Konferenz über Leihmutterschaft im tschechischen Parlament Ende November. Sie erklärte, dass sie durch eine sogenannte traditionelle Leihmutterschaft geboren wurde. Dabei befruchtet das Sperma des Vaters des Kindes die Eizelle der austragenden Leihmutter. Im Gegensatz dazu besteht die gestationelle Leihmutterschaft aus der Befruchtung der Eizelle der Mutter, gefolgt von einer In-vitro-Fertilisation. Danach werden die gesündesten Embryonen in die Gebärmutter der Leihmutter eingepflanzt.

Laut Maurel war ihre Geburt von finanziellen Motiven ihrer biologischen Mutter geprägt, entgegen der Annahme, dass Leihmütter wirtschaftlich unabhängig seien. Ihre Mutter sei psychisch instabil gewesen, habe finanzielle Schwierigkeiten gehabt und sei von einer Agentur ausgenutzt worden. Die angeblich sorgfältige Prüfung der Frauen durch Agenturen entspreche oft nicht der Realität. Ihre eigene Geburt sei traumatisch gewesen, da sie sofort von ihrer biologischen Mutter getrennt worden sei.

Maurel leidet seit ihrer Kindheit unter dem Trauma der Ablehnung und des Verlassenseins. Ihr zutiefst liegt die Abschaffung der Leihmutterschaft im Interesse des Wohlergehens der Kinder und ihrer Rechte. Sie hofft, dass ihre eigene Geschichte dazu beitragen wird, die Grausamkeiten der Leihmutterschaft zu beenden, und appelliert an die Menschen, sich gegen dieses Verfahren zu stellen.

Heute ist Maurel verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Cannes.

Quelle:

AP: Pope Francis calls for a universal ban on surrogacy. He says it exploits mother and child - 9. Januar 2024

YouTube/ Casablanca Declaration for Abolition of Surrogacy: About surrogacy at the Czech Parliament –

Olivia Maurel, born of surrogacy-30. November2023

Quelle: <https://transition-news.org/leihmutterschaft-global-verbieten>

Anmerkung: Diese Aussagen entsprechen im Kern den Erkenntnissen im FIGU-Artikel „Leihmutterschaft – Eine menschenverachtende Praxis“, der hier verfügbar ist:

<https://www.figu.org/ch/verein/periodika/bulletin/2015/nr-87/leihmutter?page=0,0>.

Ausserdem ist er im Buch „Einsichten auf dem Weg zum effektiven Menschsein“ von Achim Wolf enthalten. In der englischen Übersetzung kann er hier nachgelesen werden.: <https://au.figu.org/surrogacy.html>

Die Demokratie und ihre Feinde – Deutsche Medien zum «Vertreibungsplan» der AfD

Von Gert Ewen Ungar, www.globallookpress.com © Jens Kalaene, 12 Jan. 2024 07:00 Uhr

Die aktuelle Medienkampagne gegen die AfD hat das Verbot der Partei zum Ziel. In einer konzertierten Aktion verengen die grossen deutschen Medien den öffentlichen Diskurs weiter. Initiiert hat die Kampagne das Team von CORRECTIV, das regelmässig durch Diffamierung und Desinformation auffällt.

Am Mittwoch titelte die Tagesschau «AfD-Politiker diskutieren offenbar Vertreibungsplan». Was sich daran im Beitrag anschliesst, fällt unter den Begriff Hetze und Desinformation. Die Tagesschau ist damit nicht allein, denn es handelt sich bei der aktuellen Agitation gegen die AfD ganz offenkundig um eine konzertierte Aktion der grossen deutschen Medien, die mit den etablierten Parteien über Bande spielen. Die deutsche Journaille berichtet breit, man ist in diesen Tagen in Jagdstimmung. Die etablierten Parteien greifen die Vorlage auf und hetzen kräftig mit.

Was sich in diesen Tagen in Deutschland im veröffentlichten Raum Luft verschafft, stellt einen erneuten Tiefpunkt hinsichtlich der Verrohung des deutschen Journalismus, aber auch der deutschen Politik dar. Es ist offensichtlich: Man will den Erfolg der AfD brechen, der sich vor allem aus dem Frust der Wähler über die etablierten Parteien speist, den eingeschlagenen politischen Kurs aber beibehalten. Man geht mit der AfD nicht in den politischen Streit und Wettbewerb, sondern zielt darauf, sie auszulöschen. Das ist das Gegenteil von Demokratie.

Die Geschichte, um die es geht, ist schnell erzählt. Das sogenannten Recherchekollektiv CORRECTIV hat auf seiner Seite einen zwar sehr langen, aber inhaltlich extrem dünnen Beitrag veröffentlicht, laut dem sich etwas mehr als zwanzig Personen in einem Landgasthof bei Potsdam getroffen hätten. Darunter finden sich Mitglieder der AfD, der CDU und der führende Kopf der Identitären Bewegung Österreichs, Martin Sellner. Die Teilnehmer der Veranstaltung diskutierten über das Zuwanderungsproblem und sammelten Spenden. CORRECTIV skandalisiert beides.

Auch CORRECTIV sammelt Spenden – trotz umfassender staatlicher Unterstützung und Zuwendungen von den üblichen Think-Tanks, wie beispielsweise den Open-Society-Foundations. Arbeitet man sich durch den pathetisch lang geratenen Artikel, wird man dennoch gleich mehrfach angebettelt. Das Verfahren ist dabei bestens organisiert, was man von den Spendensammlern im Landgasthof nicht sagen kann. Sie suchen noch nach der richtigen Form. Folgt man der Darstellung bei CORRECTIV, ist alles offenbar sehr improvisiert und wenig professionell. Jedenfalls ist Spenden sammeln im Landgasthof anrühlich, auf der eigenen Webseite dagegen nicht, lernen wir.

Im Landgasthof wird zum einen über Migration und Abschiebung diskutiert, zum anderen darüber, wie man seine Message am besten kommuniziert. Wie man das professionell macht, dafür ist CORRECTIV ebenfalls ein Beispiel. Man stattet eine private Organisation mit staatlichen Mitteln aus und verfügt nun über eine staatliche Vorfeldorganisation, die das Regierungsnarrativ vermeintlich unabhängig und durch Faktenchecks abgesichert unter die Leute bringt. CORRECTIV macht keine Recherche, sondern Propaganda im Regierungsauftrag.

CORRECTIV behauptet, die Teilnehmer der Veranstaltung hätten das Ziel, auch Deutsche mit Migrationshintergrund aus Deutschland ausweisen. Die Teilnehmer, die dazu Stellung genommen haben, wiederum sagen, das wollen sie nicht. Das ist alles. Mehr an konkreter Information gibt es nicht.

Ansonsten gibt es in dem Beitrag noch ganz viele dunkle Andeutungen, Unterstellungen und Suggestion von Zusammenhängen, wo sie sich journalistisch sauber nicht herstellen lassen. Was CORRECTIV abliefern, ist journalistisch unterste Schublade. Diejenigen Medien, die den Beitrag aufgreifen, wissen das auch, sie verbreiten ihn trotz seiner Dürftigkeit aber dennoch. Was sich in Deutschland daran anschliesst, ist die Debatte um ein Parteiverbot der AfD – es handelt sich ganz klar um eine Absprache, es handelt sich um simulierten Journalismus.

Dabei ist die Debatte um Abschiebung keineswegs eine Erfindung der AfD. Erst im Oktober des vergangenen Jahres forderte Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Interview mit dem Spiegel, man müsse in Deutschland «endlich im grossen Stil abschieben».

Die Migrationsdebatte in Deutschland ist gekennzeichnet von zahlreichen Widersprüchen. Man brauche dringend Zuwanderung, um den Fachkräftemangel zu beheben, ist eine These. Gefordert wird ein Zuzug von bis zu 1,5 Millionen Personen im Jahr. Nun kommen seit Jahren bis auf wenige Ausnahmen jährlich deutlich mehr als diese geforderten 1,5 Millionen. Aber der Fachkräftemangel nimmt dennoch nicht ab, sondern zu. Denn es kommen Personen, die das Problem verstärken, statt es zu lösen. Gleichzeitig schafft es die Bundesregierung nicht, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Es fehlen jährlich 700'000 neue Wohnungen. Personen, die juristisch kein Recht auf einen Aufenthalt in Deutschland haben, werden trotzdem nicht abgeschoben. Man nimmt Flüchtlinge auf, die vor dem fliehen, was der Westen in ihren Ländern anrichtet. Wer darauf hinweist, dass dies zum Problem werden könnte, wird als rechts abgestempelt und aus dem Diskurs ausgeschlossen. Diese Liste der Problemfelder liesse sich verlängern. Man sieht, es gibt ein ganzes Ensemble von Problemen und Unstimmigkeiten in der Migrantendebatte, die zur Diskussion einladen. Diese Probleme werden nicht dadurch gelöst, indem man die AfD einfach verbietet.

Die Diskussion, die nun in Deutschland an Fahrt aufnimmt und medial befeuert wird, ist daher tief unredlich und schändlich. Ziel ist nicht der Schutz der Demokratie vor der AfD, sondern ihre Abschaffung, weil sie Ergebnisse bringen könnte, die dem politischen und medialen Establishment nicht passen. Das hat nämlich vor allem ein Ziel: Trotz aller berechtigter Kritik auf keinen Fall vom eingeschlagenen Kurs abweichen. Der deutsche Journalismus treibt dieses antidemokratische Elitenprojekt kräftig mit voran.

CORRECTIV ist kein Rechercheportal, sondern ein Portal, das sich an Hetze und Spaltung der deutschen Gesellschaft beteiligt und dabei selbst Desinformation verbreitet. CORRECTIV synchronisierte den Film über Putins Palast von Alexei Nawalny und sorgte für seine Verbreitung in Deutschland. Begleitete wurde das mit einer antirussischen Kampagne. Von diesem Film über den angeblichen Palast Putins am Schwarzen Meer hat man nach einem kurzen, künstlich aufgebauchten Medienrummel nie wieder etwas gehört. Das hat seinen Grund, denn alle Informationen darin waren falsch.

Der angebliche Palast war ein im Bau befindlicher Hotelkomplex. Er gehört auch nicht dem russischen Präsidenten, sondern einem Bauunternehmer. Die im Film gezeigten Gegenstände, darunter die berühmt gewordene goldene Klobürste, existieren nicht. Die Faktenfinder von der sogenannten Rechercheplattform haben ihren Fehler nie korrigiert. Sie haben das Thema einfach im Sande verlaufen lassen, denn das Ziel war erreicht. Es wurde mit Dreck geworfen und etwas ist hängen geblieben. Dieses Verfahren soll jetzt ganz offenkundig hinsichtlich des angeblichen «Vertreibungsplans» der AfD wiederholt werden. Faktisch sind die im Bericht zum Treffen im Potsdamer Landgasthof enthaltenen Informationen bestenfalls mau.

Es hat mit Journalismus nichts zu tun, das ist reine Propaganda und es ist böse Absicht, was CORRECTIV in offensichtlicher Verabredung mit den Medien des Mainstreams betreibt. Ein politischer Wechsel in Deutschland soll verunmöglicht werden. Was im linken Spektrum längst gelungen ist, soll jetzt im rechtskonservativen Spektrum wiederholt werden. Die KPD ist seit Jahrzehnten verboten, die Linke wurde nach allen Regeln der Kunst zersetzt und ist bedeutungslos, die SPD und die Grünen haben alles, was wirtschafts- und friedenspolitisch auch nur einen Hauch von linker Politik an sich hatte, komplett verbannt.

Der deutsche Journalismus ist zu einem Instrument der Macht geworden und dieses Instrument spielt einer sich immer autokratischer gebenden deutschen Regierung zu und wird von ihr benutzt. Am vermeintlichen AfD-Skandal wird erneut deutlich, dass die grossen deutschen Medien eine Allianz mit der Regierung eingegangen sind. Darin liegt die echte Gefahr für die Demokratie in Deutschland – man nennt das Gleichschaltung.

Was sich seit einigen Jahren immer deutlicher abzeichnet, ist dass die Vielfalt der Meinungen und ein breiter gesellschaftlicher Diskurs in Deutschland abgeschafft werden sollen. Der Konsens soll politisch und medial vorgeben und nicht in der Auseinandersetzung gefunden werden. Es gibt eine vom politisch medialen Komplex vorgegebene Meinung zu allen grossen politischen Themen, alle anderen Meinungen und Haltungen sind unzulässig, werden diskriminiert und ausgeschlossen. Jeder, der sich nicht fügt, wird im Namen der Demokratie von ihr ausgeschlossen.

Deutschland ist ganz klar auf dem Weg in den Autoritarismus. Die Wegbereiter hin zum totalitären Staat sind CORRECTIV, ist die Tagesschau, die Welt, der Spiegel und sind all jene Medien, die ein zentral koordiniertes

niertes Narrativ verbreiten und jede Diskussion dazu unterdrücken. Es sind zudem all jene Politiker, die sich jetzt den Verbotsforderungen anschliessen und nicht laut darauf hinweisen, dass es in einer Demokratie unterschiedliche Meinungen auszuhalten gilt. Man darf Ansichten und Meinungen für falsch halten, aber man darf sie nicht verbieten. Politik im Zusammenspiel mit den grossen deutschen Medien verhindern Meinungsvielfalt, statt sie zu ermöglichen und zu fördern. Das ist für das Funktionieren einer Gesellschaft absolut gefährlich.

Die Diskussion um ein Verbot der AfD auf der Grundlage eines einzelnen Medienberichts, der zudem inhaltlich nichts an Substanz zu bieten hat, belegt, etwas ist in Deutschland zerbrochen. Es ist der deutschen Gesellschaft das grundlegende Wissen um die notwendigen Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie abhandengekommen. Der gesellschaftliche Diskurs braucht Vielfalt, ein breites Meinungsspektrum von links bis rechts. Was Deutschland aber hat, ist eine als Journalismus getarnte Meinungspolizei.

Die Kampagne beweist weniger, wie gefährlich die AfD für die Demokratie ist. Sie beweist zunächst, dass der deutsche Journalismus keine Resilienz gegen die Antidemokraten besitzt, denn sie sitzen vor allem und zunächst in den Redaktionsstuben des deutschen Mainstreams.

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/meinung/192455-demokratie-und-ihre-feinde-deutsche/>

Die Ukraine hat bisher ca. 500'000 Tote und Schwerverwundete zu verzeichnen

Sott.net Deutsch, Do, 11 Jan 2024 16:49 UTC

Der ehemalige Generalstaatsanwalt und Ex-Chef des ukrainischen Innenministeriums, Juri Lutsenko, gab auf einem YouTube-Kanal bekannt, dass die Ukrainer seit Beginn des Krieges ca. 500'000 getötete oder schwer verwundete Soldaten zu verzeichnen hat.



© AP Photo / Efrem Lukatsky

Lutsenko forderte die Ukraine auf, die Zahlen offiziell zu machen und es die Bevölkerung schockieren wird. Ich denke, dass [die Ukraine] die Zahl der toten Ukrainer nennen sollten. Ich weiss, dass sie das nicht wollen, und es wird ernst genommen. Ja, es wird ein Schock sein.

(Anmerkung: Video bei <https://www.youtube.com/watch?v=b6HOEEeWVnl>)

Der Krieg wurde durch die unzähligen «Hilfen» von Waffenlieferungen durch die westlichen Länder unnötig verlängert und die Ukraine letzten Endes in ein Schlachthaus verwandelt. Der Ukraine bleibt seit langer Zeit nur noch die Möglichkeit, die eigene Bevölkerung zu belügen und die westlichen Medien nehmen diese Lügen gerne auf und sprechen von Offensiven und Erfolgen. Wenn es eigentlich ein grosses Scheitern ist, auf Kosten von unzähligen Leben.

Lutsenko führte weiter an, dass im Durchschnitt ca. 30'000 Ukrainer gefallen sind oder schwer verletzt wurden und die Zahlen weiter steigen werden. Denn die Ukraine zwangsrekrutiert immer mehr Menschen – darunter auch behinderte Menschen. Es wird somit immer mehr «Kanonenfutter» an die Front geschickt und es sind Menschen mit keiner oder nur weniger Kriegserfahrung.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35856-Die-Ukraine-hat-bisher-ca-500000-Tote-und-schwer-Verwundete-zu-verzeichnen>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2024

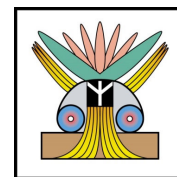
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz